

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ost- u. Westpreußen, Österreich, Ungarn, Rumänien 80 Goldpfennig, für das übrige Ausland 1.00 Goldpfennig pro Monat. — Postbezugspreis für Februar 4. — Goldm.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdkunde und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2507

Freitag, den 29. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkseckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Devotienstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Standardzeile 0,20 Goldmark, Kleinzeile 0,10 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ des Festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (schliefen zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenangebote des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten keine 0,20 Goldmark, eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,26.

Arbeiten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Drückt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Abänderung des Ausnahmezustandes

Jarres löst Seeckt ab. — Neue Kapitulation vor Bayern.

Unter dem Datum des 28. Februar wird eine „Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen“ veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich:
§ 1. Die Verordnungen vom 26. September 1923 („Reichsgesetzblatt“ Teil I Seite 905), 6. November 1923 („Reichsgesetzblatt“ Teil I Seite 1084) und 23. Dezember 1923 („Reichsgesetzblatt“ 1924 Teil I Seite 8) werden mit Wirkung vom 1. März 1924 ab aufgehoben.

Außer Kraft mit diesem Zeitpunkt treten insbesondere die auf Grund dieser Verordnungen im Einzelfalle verfügbaren Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit und des Vereinsrechts. In Kraft bleiben bis auf weiteres lediglich diejenigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bestätigt sind; auch diese Beschränkungen treten mit dem 15. März 1924 außer Kraft, soweit sie nicht von dem Reichsminister des Innern vorher aufgehoben oder auf Grund des § 2 dieser Verordnung erneuert werden.

§ 2. Zur Abwehr von Bestrebungen auf geschwändrige Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform kann der Reichsminister des Innern oder die von ihm bestimmten Stellen der Zollverwaltung die notwendigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zwecke sind insbesondere Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden insoweit vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Alle Zollverwaltungsbehörden des Reichs, der Länder und der Kommunen haben den auf Grund des Abs. 1 ergehenden Ersuchen des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

Auf Verbote periodischer Druckschriften, auf Verbote und Auflösungen von Vereinen und Vereinigungen findet der § 5a, auf Bestimmungen der persönlichen Freiheit der § 5b der Verordnung vom 26. September 1923 („Reichsgesetzblatt“ Teil I Seite 905) und 23. Dezember 1923 („Reichsgesetzblatt“ 1924 Teil I Seite 8) Anwendung.

§ 3. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen sind verboten.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können Ausnahmen zulassen.

§ 4. Wer den auf Grund dieser Verordnung ergangenen Anordnungen des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen zuwiderhandelt, wird, sofern nicht nach anderen Strafvorschriften eine schwerere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichsminister des Innern kann bestimmte Teile des Reichsgebietes von der Anwendung der §§ 2 bis 4 der Verordnung ausnehmen.

Berlin, den 28. Februar 1924.

Der Reichspräsident: gen. Ebert

Der Reichskanzler: gen. Marx

Der Reichsminister des Innern: gen. Jarres

Der Reichswehrminister: gen. Seeckt

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird zunächst einmal die Reichswehr aus der Politik wieder ausgeschaltet. Das heißt, soweit der Chef der Heeresleitung und seine Unterführer als „Inhaber der vollziehenden Gewalt“ in Frage kamen. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß sie endgültig von dieser für sie wenig ruhmreichen Tätigkeit entbunden werden, die sie während des bisherigen Ausnahmezustandes entfaltet haben. Denn die neue Verordnung erteilt dem Reichsminister des Innern — und das ist augenblicklich immer noch der Oberbürgermeister Jarres, der mit dem Ausnahmezustand Degouttes einige Erfahrungen gemacht hat — fast unbeschränkte Vollmachten, dort die Belagerungsbestimmungen wieder einzuführen, wo er sie für nötig hält. Und er kann zu dem Zwecke sicher auch jeden Augenblick wieder die Hilfe der Reichswehr in Anspruch nehmen. Wie die letzte Bestimmung der neuen Verordnung ja überhaupt die Möglichkeit gibt, einzelne Landes- teile von der ganzen Neuregelung auszuschließen.

Die wesentlichste Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustand wird die Aufhebung des Verbots der politischen

Flügelparteien, der Deutschpöpstlichen und der Kommunistischen Partei, sein. Wenigstens soll der Innenminister bisher nicht die Absicht haben, das von den Militärs verhängte Verbot zu erneuern, eine Einsicht, die durch die Wahlerfolge der „verbotenen“ Parteien wahrscheinlich stark beeinflusst worden ist.

Im übrigen bietet die neue Verordnung nur eine Art Rahmengesetz. Wie die Bilder aussehen werden, die in diesem Rahmen zur Aufstellung gelangen, das wird man erst erkennen können, wenn der Innenminister als Generalbevollmächtigter seine Einzelverordnungen erlassen hat. Daß Bayern dabei aus dem Spiele bleibt, erscheint heute fast als eine Selbstverständlichkeit. Nachdem dort führende Beamte der Republik sich rühmen können, daß sie seit fünf Jahren offen auf den Hochverrat hingearbeitet haben, seit dort die Meuterei zur gut bezahlten National- tugend erklärt wurde, seit der Zeit gilt das Land als Blümchen Rührmichnichtan für alle Berliner Regierungsstellen, insonderheit für eine Reichsregierung, die gänzlich marxistenrein ist. Daß die gleiche Rücksicht auch auf Sachsen, Thüringen und Preußen genommen wird, ist nicht absolut sicher. Jedenfalls besteht noch immer die Möglichkeit, daß der deutschpöpstliche Innenminister seine Vollmachten einseitig gegen republikanische Kreise anwendet. Deshalb fordern wir die Beseitigung des ganzen Ausnahmezustandes, auch des verwässerten „zivilen“.

Kotau vor Bayern!

Nachdem die vorstehenden Zeilen geschrieben waren, erhielten wir Kenntnis von der ersten Verordnung, die Jarres auf Grund seiner neuen Vollmachten erlassen hat. Sie bestätigt unsere Befürchtung, denn sie bestimmt kurz und klar:

Das Gebiet des Freistaats Bayern wird mit Rücksicht auf den dort bereits bestehenden, weitergehenden Ausnahmezustand von der Anwendung der §§ 2—4 der genannten Verordnung ausgenommen.

In Bayern darf also weiterhin der Hochverrat gegen das Reich vorbereitet werden, können auch weiterhin die „Confuln“ ihr Wesen treiben, ohne daß die Reichsregierung eingreift. Sie erklärt vor aller Welt ihre Unfähigkeit, in allen Teilen des Reiches Ordnung zu schaffen. Aber in Sachen will sie mit Hilfe der vom General Müller aufgestellten „Hilfspolizei“ die „Ordnung“ aufrechterhalten lassen. Diese Hilfspolizei ist eine reaktionäre Gründung. Daß sie in die Landespolizei aufgenommen werden soll — wie Jarres im Reichsrat mitgeteilt hat — ist eine Vorschrift, die ganz in den Rahmen des „Schutzes der Republik“ paßt, der von der Deutschen Volkspartei gestiftet worden ist.

Eine weitere Verordnung von Jarres verbietet „militärisches Kampfgerät, insbesondere Militärwaffen oder Munition für Militärwaffen anzubieten, feilzuhalten, an Personen, die nicht zum Besitz solcher Gegenstände berechtigt sind, zu überlassen, den Erwerb oder das Ueberlassen zu vermitteln oder sich zum Erwerb zu erbieten“.

Da der ganze Jarres-Ausnahmezustand für Kahrbanern nicht gilt, so können also dort auch Militärwaffen „angeboten, feilgehalten oder überlassen“ werden, ohne daß Jarres sich zu rühren braucht. Die gewerbmäßigen Hochverräter um Böhner, Hitler, Ludendorff und Konsorten werden sich aus den Bestimmungen des Herrn Jarres ohnehin nichts machen!

Sachsen und der Ausnahmezustand.

Dresden, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag beschäftigte sich am Donnerstag mit mehreren sozialdemokratischen, kommunistischen und deutschnationalen Anträgen zur Beseitigung bzw. Verlängerung des Ausnahmezustandes. Die Deutschnationalen hatten außerdem einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett der großen Koalition eingebracht, der nur von den Kommunisten unterstützt wurde. In einer großangelegten Rede kennzeichnete der Ministerpräsident Genosse Heide die Gründe der Extremen für ihre Anträge und die Stellung der Regierung zur gegenwärtigen Lage. Die Entscheidung über den Ausnahmezustand liege in letzter Linie bei der Reichsregierung. Telephonisch sei ihm heute aus Berlin mitgeteilt worden, daß der militärische Belagerungs- zustand im ganzen Reich zum 1. März sowie alle Schutzhaftesche bis zum 15. März aufgehoben würden. Allerdings habe sich der Reichsminister des Innern vorbehalten, in einzelnen Landesteilen den zivilen Belagerungs- zustand zu verhängen, wenn neue Unruhen eintreten. Es sei anzunehmen, daß auch die Exekutivgewalt nimmere wieder von den Säubern ausgehe. Die Kommunisten traten in der Sitzung mit, daß am Mittwochnachmittag 66 Teilnehmer einer kommunistischen Versammlung, darunter der Landtagsabgeordnete Kenner, die sich angeblich mit der Vorbereitung der Arbeiten für die Reichstagswahl beschäftigten, verhaftet worden seien. — Der Mißtrauensantrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Um die Reichstagswahlen.

Wahltermin und besetztes Gebiet.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Initiativantrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstags am 3. Mai für beendet erklärt wird, und daß die Reichstagswahlen für Sonntag, den 4. Mai, festgesetzt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu diesem Antrag noch nicht Stellung genommen, es muß aber schon jetzt gesagt werden, daß seiner Annahme starke Bedenken entgegenstehen. Die Fraktion hat zu den Verordnungen der Regierung eine Reihe von Anträgen eingebracht, auf deren Erledigung sie besteht nicht in der Absicht, einen Konflikt herbeizuführen, sondern, soweit eine Mehrheit für sie zu finden ist, eine tatsächliche Milderung der in jenen Verordnungen enthaltenen außerordentlichen Härten herbeizuführen. Demgegenüber hat sich die Reichsregierung konfliktlustig gezeigt, sie hat gedroht, jedem ernsthaften Versuch des Reichstags in der Richtung der sozialdemokratischen Absichten mit der Auflösung entgegenzutreten. Die Sozialdemokratische Partei hat sich dadurch nicht davon abschrecken lassen, auf dem betretenen Wege weiterzuschreiten.

Die Volkspartei scheint nun unter dem Eindruck zu stehen, daß sich die Regierung etwas übernommen hat, und sie sucht eine Vermeidung des Konflikts durch Selbstauflösung des Reichstags. Dazu ist zu bemerken, daß für die Sozialdemokratie nicht der Wahltermin Streitgegenstand ist, sondern die Abänderung der von der Regierung erlassenen Verordnungen. Kann man sich dahin einigen, daß der Reichstag den als gerecht erkannten Forderungen der Sozialdemokratie nachkommt und die Regierung auf Einschüchterungsversuche ohne Wirkung verzichtet, dann braucht man über die Frage des Wahltermins nicht krampfhaft nach einem Kompromiß zu suchen.

Was den 4. Mai betrifft, so spricht gegen die Wahl dieses Tages der Umstand, daß am 11. Mai in Frankreich gewählt wird. Die nationalistische Presse Frankreichs wird natürlich jeden Anlaß benutzen, um in der letzten Woche vor dem Wahltag mit falschen oder frisierten Nachrichten über das deutsche Wahlergebnis und seine Bedeutung eine Panikstimmung bei den französischen Wählern zu erzeugen. Um das zu verhindern, muß in Deutschland entweder nach den französischen Wahlen gewählt werden oder so rechtzeitig vor ihnen, daß ein solches Manöver unmöglich gemacht wird.

Von diesem doch nicht unwichtigen außenpolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet, scheint uns gerade der 4. Mai der ungünstigste Wahltermin, der sich überhaupt denken läßt.

Die Volkspartei hat laut II. die Einbringung ihres Antrags vertagt, bis die anderen Mittelparteien dazu Stellung genommen haben. Die Mittelparteien allein aber haben noch nicht die Mehrheit.

Eine andere Frage von größter Wichtigkeit ist die der Wahlen im besetzten Gebiet. Wenn da und dort der Gedanke auftaucht, die Wahlen im besetzten Gebiet überhaupt auszusetzen und einfach die Mandate der Abgeordneten dieser Gebiete weiter gelten zu lassen, so muß dem auf das entschiedenste widersprochen werden. Das deutsche Volk hat ein Recht auf die Wahl einer einheitlichen parlamentarischen Vertretung, und ein freiwilliger Verzicht auf dieses Recht würde zu den Fehlern gehören, die einfach nicht gemacht werden dürfen. Mag man auch hoffen und erwarten, daß eine glückliche Beendigung der Reparationsverhandlungen eine Erleichterung für die Bevölkerung mit sich bringen und bessere Voraussetzungen für die Wahlen schaffen werde, so ist der Zeitpunkt, zu dem diese Besserung der Lage eintreten wird, noch nicht abzusehen. In der unsicheren Aussicht auf ihn etwa ein Viertel des deutschen Volkes vorläufig von dem Recht der Teilnahme an den Wahlen auszuschließen, ist unmöglich. Gerade die — sei es auch unter Schwierigkeiten — gleichzeitig durchgeführten Wahlen im ganzen Reich werden nach innen und außen als ein Symbol der trotz alledem ungebrochenen Reichseinheit wirken. Die Vornahme von Wahlen im unbesetzten Gebiet allein würde geradezu die umgekehrte Wirkung haben.

Selbstverständlich ist es die Pflicht der Reichsregierung alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um im ganzen Reichsgebiet unbeeinflusste Wahlen zur Durchführung zu bringen. Der Präsident der französischen Republik, Herr Millerand, hat kürzlich beim Empfang des deutschen Botschafters, Herrn Hoersch, sehr wohlklingende Worte über die Grundzüge der Demokratie gesprochen, die Frankreich vertrete. Was aber im besetzten Gebiet vorgegangen ist und noch vorgeht, das ist mit diesen Grundzügen der Demokratie unverträglich. Es würde ihnen einfach ins Gesicht schlagen, wenn die französische Militärgewalt die Durchführung der Wahlen verhindern oder die Freiheit des Wahlkampfes, der eine innere deutsche Angelegenheit ist, beschränken sollte.

Zu einer unbeeinflussten Durchführung der Wahlen ist volle Rede-, Pres- und Versammlungsfreiheit unentbehrlich. Es darf nicht vorkommen, daß Zeitungen verboten werden

well sie Bemerkungen machen, die den französischen Generalen aus irgendeinem Grund unangenehm sind. Es muß auch den Bewohnern der beiden deutschen Gebietsteile, des besetzten und unbesetzten, freie Gelegenheit geboten werden, miteinander zu verkehren. Heute hängt die Einreise von Parteirednern aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte nicht nur von unständlichen Formalitäten ab, sondern sie wird in vielen Fällen direkt verweigert. Das ist eine Beschränkung der Wahlfreiheit, die mit dem Begriff der Demokratie ganz unvereinbar ist.

Die deutsche Reichsregierung hat also die Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um auf diplomatische Wege die Wahlfreiheit im besetzten Gebiet zu sichern. Sie hat dabei eine ausgezeichnete Stellung, und die Forderungen, die sie in dieser Beziehung zu stellen hat, werden nicht nur in England, in Belgien und in der übrigen Welt, sondern auch in Frankreich bei allen Leuten, die sich das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit bewahrt haben, Billigung finden. Eine Gefahr droht nur von einer Seite her. Wenn die französischen Militaristen nämlich der deutschen Regierung entgegenkämen, daß sie die Freiheit, die sie für das besetzte Gebiet fordern, im unbesetzten selber nicht gewähren, dann stünde ihre Partie schlecht. Auch aus diesem Gesichtspunkt empfiehlt es sich, noch rechtzeitig vor den Wahlen den Ausnahmezustand restlos zu beseitigen.

Stresemanns Reichstagsrede.

Deutschland und der Völkerbund.

Der Reichsminister des Auswärtigen leitete die gestrige Reichstags-Sitzung mit einer Rede ein, die inhaltlich wenig Neues bot. Was er über die Arbeit der Sachverständigen und den Ablauf der Ricom-Verträge sagte, war schon bekannt. Auf die Beziehungen Deutschlands zu Polen fielen einige Schatten — und so recht der Minister hat, wenn er auf die nationalistischen Strömungen in der östlichen Nachbarrepublik nicht gut zu sprechen ist, so muß doch gerechterweise gesagt werden, daß leider die deutsche Ausweisungspolitik den Deutschland feindlichen Treibern Wasser auf ihre Mühle liefert. Neuerdings ist es das rigorose Vorgehen der bayrischen Behörden gegen polnische Staatsangehörige jüdischer Abstammung, das den polnischen Nationalisten immer neuen Anlaß bietet, den Schrei nach Repressalien ertönen zu lassen. Der Minister des Auswärtigen mußte nachdrücklich den Standpunkt zur Geltung bringen, daß die Handhabung der Fremdenpolizei die auswärtigen Interessen des Reichs eng berührt und darum nicht in die Hand reaktionärer Behörden gelegt werden darf, die demagogische Knalleffekte erzielen wollen.

Über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat sich Herr Stresemann mit mehr Reserve geäußert, als angesichts der Haltung der englischen Arbeiterregierung angebracht erscheint. Die englische Arbeiterregierung hat durch ihre Intervention in der Polz und durch die Herabsetzung der Zölle auf 5 Proz. bewiesen, daß es ihr mit der Anwendung der Grundzüge des Rechts und der Billigkeit im internationalen Leben ernst ist. Hat sich ihr bekannter Wunsch nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch aus Gründen der Diplomatie noch nicht zu einer formellen Einladung verdichtet, so wäre es doch klug, ihm mit größerer Wärme entgegenzukommen. Daß Deutschland im Völkerbund die seiner Bedeutung entsprechende Stellung erhalten muß und daß sein Eintritt in ihn nicht von demütigenden Bedingungen abhängig gemacht werden darf, ist eine allgemeine Auffassung in Deutschland, der aber die Auflosung des Auslandes heute durchaus nicht mehr feindlich gegenübersteht.

In den Gesinnungen des Auslandes ist ein solcher Wandel eingetreten, daß es schlechthin unmöglich ist, ihn heute noch einfach als „eine Fortsetzung des Feindbundes“ zu betrachten. Das ist eine Tatsache, die gewiß auch Herrn Stresemann nicht entgangen ist. Aufgabe der deutschen Regierung aber ist es,

das Recht und die Interessen des deutschen Volkes auf jedem Forum zu vertreten, auf dem sich Gelegenheit dazu bietet. Darum hätte sie in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund schon früher eine Aktivität entfalten sollen, die Herr Stresemann leider auch gestern noch vermissen ließ.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Aber erst später —!

Seit langem kämpft die Sozialdemokratie für eine Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit der Erwerbslosen. In den Beratungen des Fränkener Ausschusses waren ihre Veruche, feste Zugeständnisse der Regierung zu erlangen, vergeblich. Anlässlich der Beratung des Notetats im Haushaltsausschuss des Reichstages hat die Sozialdemokratie erneut die Höhe der Erwerbslosenunterstützung zur Erörterung gebracht. Daraufhin hat der Vertreter des Arbeitsministeriums die Erklärung abgegeben, daß auch die Reichsregierung die Notwendigkeit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung anerkenne. Sie solle eintreten, sobald die Finanzlage des Reiches es gestattet, spätestens aber mit der in Aussicht genommenen Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter des Reiches.

Wenn auch diese Erklärung noch keinen genauen Termin über das Inkrafttreten der Unterstützungsfähigkeit der Erwerbslosen enthält, so ist sie doch gegenüber dem bisherigen Verhalten der Reichsregierung ein erkennbarer Fortschritt. Er ist nicht zuletzt dem unablässigen Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken.

Außerdem forderten die Sozialdemokraten wiederum das Reichsfinanzministerium auf dafür zu sorgen, daß Länder und Gemeinden auch wirklich in der Lage sind, die ihnen auferlegten Anteile an den Kosten für die Erwerbslosen zu tragen. Nur dann erhalten die Erwerbslosen auch wirklich die ihnen auf dem Papier zugesagten Unterstützungen.

Wieder mal Severing-Hehe.

Und ein neuer Reinfall.

Die Deutschnationalen und Deutschnationalen, voran natürlich die durch den § 103 so trefflich geschützte „Bergisch-Märkische Zeitung“, hatten wieder einmal ein fürchterliches Verbrechen des preussischen Innenministers Severing erwidert, das sie in ihrer Presse nach allen Regeln ihres schmerzlichen Gewerbes brottraten. In Hamm kam man einer den Staatsumsturz betreibenden Geheimorganisation auf die Spur, deren Führer sich auf mehrere Regierungskreise erstreckten. Es erfolgten Verhaftungen wegen unerlaubten Sprengstoff- und Waffenbesitzes. U. a. wurde in Elberfeld ein Kaufmann Happich verhaftet. Um zu verhindern, daß über die Angelegenheit vorzeitig etwas an die Öffentlichkeit gelange, hatte das Polizeipräsidium in Elberfeld der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ eine dementsprechende Weisung zugehen lassen. Darauf setzte ein großes Rastloswerden gegen Severing ein, der damit die Pressefreiheit bedroht haben sollte.

Innenminister Severing hat, wie sich jetzt herausstellt, mit der ganzen Angelegenheit nur insofern etwas zu tun, als er den Polizeidirektor zwecks dringender und einheitlicher Bearbeitung der Sache beauftragte, die polizeilichen Ermittlungen ohne Vermittlung der betreffenden Regierungspräsidenten vorzunehmen. Die Polizeidirektion von Hamm ging im Einvernehmen mit dem Militärbezirkskommandanten in Münster vor, von dem auch das Ersuchen ausging, von Veröffentlichungen des Ermittlungsergebnisses vorerst abzusehen, da er sonst unter Umständen zu Presseverboten genötigt sei. Dementsprechend hat der Polizeidirektor in Hamm den von ihm um Vornahme von Ermittlungsmahnahmen ersuchten Polizeibehörden das Gleiche nahegelegt. Und daraus macht die deutschnationalen und deutschnationale Presse einen Eingriff Severings in die Pressefreiheit!

Sie wäre auch noch unabhängig von der Aktualität des Stoffes ein Verdienst gewesen, wenn die Regie (Fritz Holla) mehr geschickter und auch das innere Tempo strenger zusammengefaßt hätte; wenn der Darsteller des Hungers, Paul Henckels, statt seiner Lautstärke, statt scharfer Agentulierung des Wortes Schärfe des Ausdrucks, statt zerstückelter Gesten wirkliche, sparsame, strenge Konzentration gegeben hätte. So verlor sich die Ausführung in langweiliger Detailmalerei — und sie hätte doch ein Kampfspiel sein können. Von den übrigen Darstellern fiel, als der Vorhang der Fabelversammlung Hermann Greid auf. Er hatte die knappe, klug und sparsam berechnete Geste, die trotzdem noch Zeit fand zur ironischen Selbstpersiflage. Er allein unter den vielen, vielen, Oscar Schlemmers Bühnenbilder bildeten wirksame Hintergründe. Wolfgang Zeller lieferte die stellenweise schwache Begleitmusik. Die Uebersetzung des im Loggenschiff-Berlog erschienenen Stückes stammt von August Scholz. Das Publikum fühlte die Verwandtschaft des dramatischen Themas mit dem Heute. Es war sichtlich von einer inneren Spannung erfüllt. Der Beifall kam — vielleicht insolge dessen — zögernd.

Der Ruhm des Fiebers. Das Fieber erscheint uns, da wir in ihm das Anzeichen der Krankheit sehen, als etwas sehr Unangenehmes; aber dem tieferen Kenner der Lebensprozesse ist das Fieber als ein Beweis dafür willkommen, daß der Körper den Kampf gegen die Krankheit aufgenommen hat. Über diesen Ruhm des Fiebers hat der englische Arzt Dr. Heath Forschungen angestellt, die in der „Lancet“ mitgeteilt werden. Das Fieber beruht auf der Erschöpfung der Schutzstoffe oder Antikörper durch die die Krankheit hervorbringenden Bakterien. Der Vorgang, der sich im allgemeinen Unwohlsein und Appetitlosigkeit äußert, stellt lediglich eine ökonomische Maßregel in bezug auf die Körperenergie dar. Mit der Steigerung der Körperwärme ist die Beschleunigung der Bildung von Schutzstoffen verbunden. Die Bakterien spielen dabei nur eine sekundäre Rolle. Ihre Anwesenheit verursacht noch kein Fieber; erst wenn sie von dem Krankheitsherd aus mit dem freiliebenden Blut in Berührung kommen, tritt das Fieber auf. Diese Vorgänge lassen sich besonders gut beim Typhus nachweisen. Wenn man im Laboratorium Typhusbakterien mit dem Immunsrum des Typhus, das die Schutzkörper enthält, vermischt, so erschöpfen oder binden die Bazillen die im Serum vorhandenen Schutzstoffe. Demnach ist auch das Fieber in der ersten Woche des Typhus eine Folge der Wiederschöpfung des Blutes, dessen Antikörper durch den Angriff der Bazillen erschöpft sind. Das Fieber beim Typhus nach der ersten Woche wird dann nicht mehr durch diese Einstellung des Körpers verursacht, sondern durch den dauernden Verbrauch von Schutzstoffen durch die Bazillen. Diese Forschungsergebnisse haben zu der praktischen Erkenntnis für die Behandlung des Typhus geführt, daß Impfungen im Höhenstadium des Typhus den Kranken nur hindern, während sie in der ersten Woche die Abwehrkraft erhöhen. Fiebermittel sind jedenfalls zu verwerfen.

5000 Dollar für ein Dinosaurier-Ei. Der Marktpreis für ein 10 Millionen Jahre altes Ei ist nunmehr dadurch festgestellt worden, daß der amerikanische Sammler Austin Colgate dem New Yorker Naturgeschichtlichen Museum 5000 Dollar für ein der Dinosaurier-Eier zahlte, die im vergangenen Juli in der Wüste Gobi entdeckt

Das neue Ermächtigungsgesetz.

Luthers Eint vor dem Hauptauschuss.

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages, über die wir zum Teil schon im Abendblatt berichteten, erklärte Reichsfinanzminister Dr. Luther eine Beschränkung des vorläufigen Etatsgesetzes bis 30. April für untragbar, weil dadurch die Gefahr des zeitweisen Stillstandes der Reichsfinanzgeschäfte gegeben sei. Die Notwendigkeit einer Vereinfachung des Steuerwesens erkannte der Minister mit der Erklärung an, daß selbstverständlich sein besonderes Augenmerk hierauf gerichtet sei und diesbezügliche Arbeiten ständig im Gange wären.

Abg. Dr. Schröder (Z.) forderte, daß die Regierung in Erteilung von Ausländerpässen mit Strenge und Zurückhaltung vorgehe.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) wandte sich demgegenüber gerade gegen die Erwähnung, die den deutschen Reichsangehörigen bei Erlangung eines Ausländerpasses gemacht würde. Im übrigen wünschte er, daß das Reichsfinanzministerium einen klaren Blick habe, aus der Komplexität des heutigen Steuerwesens zu einem einfachen Steuersystem zu kommen.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte alsdann Angaben über das finanzielle Ausmaß der sozialen Unterstützungen.

Abg. Hoch (Soz.) hielt die sozialen Unterstützungsfähigkeit, die jetzt gezahlt werden, für viel zu gering, und bat um Auskunft, ob die Sicherheit bestünde, daß die Länder zwecks entsprechender Kostenbeteiligung in Zukunft genügende Mittel zur Verfügung hätten.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bejahte diese Frage und sicherte zu, daß die sozialen Unterstützungen sobald als irgend möglich erhöht werden würden.

Abg. Dr. Quast (DVP.) erklärte, daß es sich bei dem vorläufigen Etatsgesetz für 1924 um ein neues Ermächtigungsgesetz handle, das sich nur auf die eigentliche Verwaltung beziehe, nachdem die Reichsbetriebe bereits schon ihr Ermächtigungsgesetz bekommen hätten.

Hierauf wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

Kommunistenkrach im sächsischen Landtag.

Dresden, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß der Richtigerstellung des Abgeordneten Beilke, dem die Kommunisten vorgeworfen hatten, er unterstütze der Arbeitermord, verursachte die kommunistische Landtagsfraktion, der Genosse Beilke nachwies, daß beim Märzpuß 1920 tatsächlich durch ihre Schuld Arbeiterblut vergossen wurde, ungläubige Lärmstößen. Diese steigerten sich zum Tumult, als die Kommunisten durch persönliche Bemerkungen eine neue Debatte auszulösen versuchten. Landtagspräsident Genosse Winkler entzog dem Redner das Wort, was wiederum einen Sturm zur Folge hatte. Die Kommunisten widersetzten sich der geschäftsmäßigen Handhabung, was den Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten Elleroth und später Zipsel für die nächsten drei Sitzungen zur Folge hatte. Der Abgeordnete Zipsel hatte dem Landtagspräsidenten zugerufen: „Du Stralch, treib es nicht auf die Spitze!“ Elleroth wurde später durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, für weitere drei Sitzungen ausgeschlossen. Als die Kommunisten auch weiterhin zur Geschäftsordnung zu reden versuchten, schloß der Präsident die Saalstrenge in Bewegung und unterbrach die Sitzung auf 20 Minuten. Kurz vor 10 Uhr wurde die Sitzung wieder ausgenommen. Da sich die ausgeschlossenen Abgeordneten auch jetzt noch weigerten, den Plenarsaal zu verlassen, wurde die Sitzung auf Beschluß des Hauses geschlossen und auf Freitag vertagt.

Kuno Kandidat für die Reichspräsidentenschaft? Die Deutschnationalen wollen beantragen, daß die Reichspräsidentenwahl, die erst im nächsten Jahr fällig ist, schon zugleich mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden soll. Für den (unwahrscheinlichen) Fall der Annahme ihres Antrages wollen sie laut „Soz. Parlamentsdienst“ den früheren Reichsanwalt Kuno als Kandidaten präsentieren. Da Herr Kuno niemals Mitglied der Deutschnationalen Partei war, ist er wohl als Bürgerblock-Kandidat gedacht.

Wahl und Landtagswahlen. „Echo du Rhin“ bestritt, daß die Verfassungsänderung in der Wahl die Wahlen für den Bayerischen Landtag verbieten haben, es handelt sich um das verfassungändernde Volksbegehren.

„König Hunger“ in der Volksbühne.

„König Hunger“ ist kein „Drama“ im überlieferten Sinn, sondern, wie es der Autor Leonid Andrejew selbst nennt: „Ein Spiel“. Ein allegorisches Spiel, in dem der Hunger, „König Hunger“, nicht nur Mittelpunkt, sondern auch treibende Kraft des Geschehens ist. Er ist es, der das Volk leiden macht; er, der es zur Empörung treibt; und schließlich er, der die Ursache der mißglückten Revolution wird. Die herrschende Klasse, gegen die sich die Empörung richtet, nennt König Hunger ihren Verbündeten: mit Recht. Über die Unterdrückten nennen ihn „Vater“: mit Recht. Zwischen Herrschern und Beherrschten — in die Sprache des gegenwärtigen Alltags übersetzt: zwischen Bourgeoisie und Proletariat — steht der König Hunger. Er selbst ein Lohnknecht der Bourgeoisie, und ein König des internationalen Proletariats. Seine Allmacht ist eine scheinbare. Denn er muß letzten Endes der herrschenden Klasse zum Sieg verurteilt — während er andererseits (seiner Natur nach) immer wieder neue Rebellien heranzüchtet. So unentschieden, wie der Charakter dieses Hungers, ist der Ausgang des Andrejewschen Spiels. Die Revolutionäre sind die Opfer des Hungers geworden, sie sind tot. Die herrschende Klasse triumphiert.

Und hier ist der Punkt, an dem der Autor einsehen muß, daß er mit dieser Art der Problemstellung nicht dessen endgültige Lösung finden kann, die ihm offenbar am Herzen liegt. Er macht eine Anleihe bei der metaphysischen Zukunft, die nichts mehr mit den Vorgängen des Spiels zu tun hat: er läßt den König Hunger den bereits ängstlich fliehenden Bürgern zurufen: „Rasch! Rasch! Die Toren stehen auf!“ — Hier fällt der Vorhang. Die ersehnte, die nächste Auferstehung der toten Revolution erleben wir Zuschauer nicht mehr. Wir können nur hoffen, daß sie dräben, hinter dem Vorhang der Weltgeschichte, wirklich erwacht, und uns trösten und damit aus Gewohnheit — weil wir solche Enttäuschungen und aufmunternden Prophezeiungen schon oft (und nicht nur auf der Bühne) erlebt haben. Was bleibt also, abgesehen von diesem Trost, für uns: in literarischer (dramatischer) Beziehung und zweitens in sozialer und politischer?

Dieses „Spiel“, das in der Struktur undramatisch ist, hat dramatisches Geschehen und dramaturgische Möglichkeiten, visuelle und akustische. Es bietet: einen Maschinensoal, Arbeiter, einen traditionellen gefalteten Tod, einen phantastischen Gerichtssaal, Modenschläge, Woffenstimmen und scharfe, populäre und also eindringliche Kontraste. Es gewährt symbolische Erhebung, statt dichterischer. Der Stoff selbst gibt Wehse, nicht seine Gestaltung. Wir vermüssen die letzte Lösung und die dichterische Erlösung. Man kann dem Autor rechthaben, wenn er den Hunger so auffaßt, wie er es tut. Aber seine Auffassung bleibt eben ein „Spiel“, sie ist nicht unbedingt zwinzand, nicht naturnotwendig, nicht einmalig.

Und trotzdem ist „König Hunger“ eine Bereicherung: denn das Problem, das hier behandelt wird, ist die große Frage unseres Tages; die Figuren (wenn auch keine Gestalten), die hier auftreten, geben uns an; unser Kampf soll hier dargestellt sein; unser Streben, unser Jertum, unser Tod. Das Thema entschuldigt die Schwäche des Dramatikers, wenn es brennend aktuell ist. In dieser Zeit ist diese Aufführung ein Verdienst der „Volksbühne“.

wurden. Das Ei wird in dem Colgate-Museum in Hamilton aufgestellt, das der Sammler gegründet hat. 5000 Dollar war der Mindestpreis, den das Museum forderte; er ist augenscheinlich nicht überboten worden, obwohl man von einem noch höheren Angebot erzählte, das Lord Rothschild für das Britische Museum gemacht habe. Die Summe, die für dieses Ei erzielt wurde, und eventuell noch weitere Tausende von Dollar, die man für andere Eier zu bekommen hofft, werden mit zu der neuen viersten Expedition nach der Wüste Gobi verwendet, die unter der Leitung von Chapman Andrews vom Naturgeschichtlichen Museum in New York ausgerüstet wird. Die Expedition, die im nächsten Juni aufbrechen wird, hofft, das „Miffing Lin“, das bisher noch fehlende Glied in der Entwürfungsreihe vom Affen zum Menschen, zu finden und wird Radio-Apparate mit sich führen, so daß die neuen Entdeckungen sofort aus dem Herzen der Wüste der zivilisierten Welt bekanntgegeben werden können.

Künstliche Haare aus Glas. Aus Tübingen wird berichtet, daß es kürzlich gelungen ist, aus gesponnenem Glas künstliches Haar herzustellen. Die Glasperlen zeichnen sich durch besondere Leichtfertigkeit aus. Es ist möglich, sie in jeder Färbung herzustellen. Auch Boden und Wollen können nach dem Wunsch des Trägers und je nach den Geboten der Mode angebracht werden. Die Imitation soll so vortrefflich sein, daß es ohne genaue Untersuchung überhaupt nicht möglich ist, zu unterscheiden, ob es sich um feingewebenes eigenes Haar oder um einen Ersatz handelt. In Verbindung mit Feuer darf man die Glasharee allerdings ebensolernig bringen wie das natürliche Haar; denn wenn es auch nicht Feuer fängt, so schmilzt es doch bei der Berührung mit der Flamme zu einem unförmigen Klumpen zusammen.

Verlängerte. Nicht in der Volkoper, sondern in der Kroll-Oper mit wagen Uweil und Geranung Mitarbeiter der Reichsüberleitung der „Verkauften Frau“ um einige Tage verhöben werden. Am Sonntag wird Hoff dessen „Madame Butterfly“ gegeben, mit Richard Tauber.

Theaterkritik. Die letzte Aufführung von „Kale Fern“ wird in der Schaubühne im Neuen Theater am 30. Sonntag 1/4 Uhr in Szene gehen.

Vorträge. Über „Neue Schule über Menschenmachstum“ spricht am Freitag 8 Uhr Bodenhausen. 47/48 im Deutschen Reichsland und Paul Paul Dettler. An gleicher Zeit und im gleichen Saal spricht in den Hochschulen der Erziehungsreform Dr. Max Gubann über „Erziehungs- und Schulwesen“. Zutritt frei.

Das Gasterien der Schule Kilmann gibt am Dienstag, den 4. März, in den Geländebäumen des Zoologischen Gartens, die 203 als in Schülern der Schule ihr eigenes Gemälde erhalten haben, als Palmnachtsfest vorüber.

„Argentinien“. Ein antarktisches und sachgemäßes Abenteuer hat der Deutsche Reichsland für Argentinien in Buenos Aires im letzten Jahre aufgenommen. Dies mit dem angeführten Zweck, den Hund zu tausenden von Kastraten im Bestehenden Verantwortlich zu sein, die an ihn im Jahre über Argentinien wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere über die Verhältnisse der deutschen Untertanen in der Landwirtschaft und Industrie ergangen sind. Der Film kommt Sonntag 1/2 Uhr in den Sommerkino und am 3. März im U. A. Weinbergweg zur Vorführung.

Vor der Vernehmung Ludendorffs.

Nächste Woche: Rahr, Vossow, Seißer.

BS. München, 28. Februar.

Die Aussage des Oberleutnants Kriebel, des militärischen Leiters des Kampfbundes, war erheblich ausführlicher, als man zuerst angenommen hatte. Ursprünglich war beabsichtigt worden, nach der Mittagspause die Öffentlichkeit gegen 4 Uhr wieder herzustellen, da Oberleutnant Kriebel selbst den Wunsch geäußert hatte, den letzten Teil seiner Ausführungen wieder in der Öffentlichkeit machen zu können. Offenbar haben sich jedoch noch Fragen der Verteidiger und des Gerichts ergeben, so daß es nicht mehr möglich wurde, am Laufe des Nachmittags öffentlich zu verhandeln. Der Vorsitzende brach deshalb gegen 6 Uhr die Sitzung ab und verlegte sie auf Freitag morgen 9 1/2 Uhr.

Oberleutnant Kriebel wird am Freitagmorgen dann keine Ausführungen beenden, die sich voraussichtlich nur mit den Vorgängen am 8. und 9. November befassen und die deswegen auch öffentlich sein dürften.

Nach ihm wird dann Ludendorff vernommen. Auch Ludendorffs Vernehmung zur Sache wird mindestens einen ganzen Tag in Anspruch nehmen, da er weit zurückgreifen will, um seine Haltung zu der Hitler-Bewegung zu rechtfertigen. Er will die politische Entwicklung der Nachkriegszeit kurz streifen, um dann die Frage zu beleuchten, ob seine Haltung und die Hitlers zu rechtfertigen ist. Seine Ausführungen werden voraussichtlich vier bis fünf Stunden in Anspruch nehmen. Es ist nicht zu erwarten, daß bei Ludendorffs Vernehmung wiederum die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, da der General selbst den Wunsch geäußert hat, die Dinge, die er zu berühren wünscht, in vollster Öffentlichkeit zu verhandeln.

Nach dem bisherigen Gang des Prozesses ist kaum damit zu rechnen, daß die Vernehmung der Angeklagten vor Sonnabend abgeschlossen wird, um so mehr, als am Sonnabend voraussichtlich nur bis Mittag verhandelt werden wird. In der kommenden Woche dürften dann in den ersten Tagen schon Generalsstaatskommissar a. D. o. Rahr, General v. Vossow und Oberst Seißer gehört werden, die voraussichtlich alle drei nacheinander vernommen werden und deren Ausführungen ebenfalls mindestens zwei Tage in Anspruch nehmen.

Hochverrat gegen Hochverräter?

Hoffmann-Kaiserlautern und der Hitler-Prozess.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag erneut mit dem Fall des Genossen Hoffmann-Kaiserlautern. Der Oberreichsanwalt verlangt vom Reichstag die Aufhebung der Immunität des Genossen Hoffmann wegen angeblichen Hochverrats gegenüber Bayern, begangen durch den Versuch, eine selbständige Republik Pfalz im Rahmen des deutschen Reiches zu bilden. Der Ausschuss verhandelte bereits am 6. Dezember 1923 über die Angelegenheit und beschloß damals, dem Reichstage zu empfehlen, die Immunität des Genossen Hoffmann aufzuheben. Dieser Beschluß kam auf eine merkwürdige Weise zustande. Die Sache hatte nicht auf der Tagesordnung der Sitzung gestanden. Im Schluß der Sitzung schlug der Vorsitzende, der deutschnationalen Abg. Warmuth, plötzlich vor, den Fall trotzdem noch zu verhandeln. Genosse Dittmann erhob dagegen Widerspruch. Alle sozialdemokratischen Mitglieder mühten den Ausschuss sofort verlassen, weil eine wichtige Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion bereits begonnen habe, bei der kein Mitglied der Fraktion fehlen könne. Es handelte sich um die Stellungnahme zum Ermächtigungsgesetz. Er selber — Dittmann — der allein das Material über den Fall Hoffmann kenne und zur Hand habe, müsse als Fraktionsvorsitzender die Fraktionsführung leiten. Man könne den Fall also unmöglich noch verhandeln und deshalb beantrage er Vertagung. Trotzdem beschloß der Ausschuss, den Fall noch zu erledigen. In Abwesenheit der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder kam dann der Beschluß zustande, die Immunität des Genossen Hoffmann aufzuheben.

Als dieser Beschluß des Ausschusses jetzt beim Wiederzusammentritt des Reichstages auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt worden war, brachte Genosse Dittmann die eigenartigen Umstände, unter denen der Beschluß zustande gekommen war, im Vernehmungsprotokoll zur Sprache und beantragte, den Präsidenten zu ermächtigen, im Plenum als einstimmigen Vorschlag des Vernehmungsprotokollsausschusses die Zurückverweisung des Falles an den Geschäftsordnungsausschuss zu empfehlen. Vernehmungsprotokollsausschuss und Plenum traten diesem Antrag bei und so beschäftigte sich der Ausschuss am Donnerstag zum zweiten Male damit.

Vor Eintritt in die sachliche Beratung erbat der alte Zentrumsführer Fejendach, der frühere Reichsanwalt, das Wort und stellte den Antrag, die Sache bis nach Beendigung des Münchener Hitler-Prozesses zu vertagen. Was in diesem Prozeß zur Sprache komme über die bisherigen bayerischen Machthaber, gegen deren Treiben Hoffmanns Aktion sich gewendet habe, lasse den Fall Hoffmann in einem so neuen Lichte erscheinen, daß man erst das Ende des Prozesses abwarten müsse, ehe man sich ein zutreffendes Bild über die Tat Hoffmanns machen könne.

Der deutschnationalen Vorsitzende Warmuth wandte sich erregt gegen diese Ausführungen. Nach seiner Meinung beständen keinerlei Beziehungen zwischen dem Fall Hoffmann und dem Münchener Hitler-Prozess. Genosse Dittmann erklärte demgegenüber, der Münchener Prozeß beweise, daß Rahr, Vossow und Seißer, die tatsächlichen Machthaber in Bayern, seit Roncien Hochverrat gegen das Reich verübt hätten und es deshalb ein Kanaken sei, die Gegenaktion des Genossen Hoffmann als Hochverrat zu charakterisieren. Rahr und Roncien hätten Bayern vom Reich losgerißt, so daß das Reich in Bayern tatsächlich keine Gewalt mehr habe. Hoffmann habe durch seine Aktion einen Teil Bayerns, die Pfalz, dem Reich erhalten und vor der Gefahr bewahren wollen, eine Beute bei von Frankreich unterstützten Separatisten zu werden. Das werde er bei der sachlichen Beratung des näheren nachweisen. In sich habe keine Partei nichts dagegen, daß der Fall sofort verhandelt werde. Wenn aber eine andere Partei Vertagung wünsche, weil ihr Urteil beeinflusst werden könnte vom Ausgang des Münchener Prozesses, so stimme er der Vertagung zu.

Abg. Fejendach selber wies darauf hin, daß unter Umständen in München die Hochverräter am Reich freigesprochen werden könnten und ein vom Reich eingekerkertes Gericht den Genossen Hoffmann wegen Hochverrats gegen die bayerischen Hochverräter verurteilen könnte. Einer solchen Impertinenz des Reiches werde er nicht Vorschub leisten und deshalb müsse erst in München Klarheit geschaffen sein, ehe man über den Fall Hoffmanns entscheiden könne. Hilfenbrand verwies darauf, daß durchaus die Möglichkeit gegeben sei, den Fall Hoffmann vom Oberreichsanwalt auf Veranlassung des bayrischen Justizministers Emminger an ein bayerisches Volksgericht zu verweisen. Dagegen müsse man sich gesichert sein. Mit 14 gegen 6 Stimmen beschloß der Geschäftsordnungsausschuss gemäß dem Antrag Fejendachs, den Fall Hoffmann bis nach Beendigung des Münchener Prozesses zu vertagen.

Die belgische Regierungskrise.

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Brüssel, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die durch den Sturz des Kabinetts Theunis in Belgien geschaffene politische Lage ist äußerst kompliziert. Der Versuch des Königs, Herrn Theunis zur Neubildung des Kabinetts zu veranlassen, ist an dessen kategorischer Weigerung gescheitert. Bei der starken Zersplitterung der Parteien erscheint die Bildung einer neuen tragfähigen Koalition völlig ausgeschlossen. Die Sozialisten und die Wamen, die am Mittwoch das Ministerium zu Fall gebracht haben, stimmen zwar in der entscheidenden Beurteilung der bisherigen Außenpolitik Belgiens überein, stehen sich aber auf innerpolitischen Gebieten diametral gegenüber. Ein aus den Katholiken und Liberalen gebildetes Koalitionskabinetts würde aber wahrscheinlich nur von kurzer Lebensdauer sein, ebenso eine Minoritätsregierung der Sozialisten. Vonderweelde hat außerdem bereits erklärt, daß er, falls er berufen werde, die Bildung des Kabinetts von der Auflösung der Kammer abhängig machen würde. Als Zwischenlösung gewinnt der Gedanke eines reinen Geschäftsministeriums an Boden.

Bestürzung im Lager Poincaré's.

Paris, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare der Pariser Presse geben sehr unruhige die Bestürzung wieder, die der unerwartete Sturz des belgischen Kabinetts in Frankreich hervorgerufen hat. Von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, scheint man sich hier keinerlei Äußerungen über die Tragweite des Ereignisses hinzugeben. Die Mehrzahl der Blätter gibt zu, daß das Wort der Kammer nicht allein dem belgisch-französischen Handelsvertrag, sondern mehr noch der von Frankreich betriebenen Außenpolitik Theunis' getroffen hat. Es sind keineswegs nur die linksstehenden Organe, die von der Weiterentwicklung in Belgien eine Verstärkung der politischen Isolierung Frankreichs erwarten.

Und der Franz stürzt Theunis nach.

London, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Sturz des Kabinetts Theunis wird in der City sehr eifrig erörtert. Allgemein sieht man der Ueberzeugung Ausdruck, daß die europäische Lage durch diesen Sturz stark beeinträchtigt werde. Der neue Frankreich vom Mittwoch wird zum Teil auf die Niederlage von Theunis zurückgeführt. Für ein Pfund wurden 103,35 Franc gezahlt. Wahrscheinlich wirtschaftliche Persönlichkeiten glauben, daß die politischen Schwierigkeiten Belgiens sich schon in aller Kürze stark auf Frankreich auswirken werden, so daß Poincaré geneigt sein werde, mit Macdonald ein erträgliches Uebereinkommen in der Reparationsfrage zu treffen. Falls Frankreich wider Erwarten keine Reueigung dazu zeigen sollte, erwartet man seine vollständige Isolierung.

Das Wiederaufbaupanama.

Paris, 28. Februar. (M.B.) Die Kammer hat heute vormittag die Debatte über das Budgetmischel für die Wiederaufbauausgaben des Monats März aufgenommen. Es kommt zu einer ausführlichen Diskussion über die Mißbräuche bei der Festsetzung der Entschädigungssummen und der Verteilung der bisher aufgetragenen Gelder auf die einzelnen Gruppen der Geschädigten. Obwohl der Finanzminister zu Beginn der Sitzung erklärt, daß der Budgetentwurf spätestens morgen von beiden Häusern des Parlaments angenommen sein müsse, besteht der sozialistische Abg. Inghels darauf, umfangreiche Ziffern und Dokumentenmaterial zu erläutern, das er einer älteren, nicht zur Debatte gelangten Interpellation zugrunde gelegt hatte. Er erklärte u. a., daß von den 85 Milliarden, die für den Wiederaufbau vorausgesetzt worden seien, nur 15 Milliarden den Geschädigten mit Ansprüchen unter 500 000 Franc zugesprochen und 5 von diesen Milliarden noch von den Käufern der Entschädigungsbonds ihrer Bestimmung entzogen worden seien.

Ein eigener Drahtbericht aus Paris meldet uns ergänzend: Abg. Genosse Inghels bezeichnete die Zustände und die Wirtschaft in den zerstörten Gebieten als

Himmelstreichenden Skandal und erschwerliche Ausbeutung des Staates und der Geschädigten. Er wies nach, daß schon 85 Milliarden Franken ausgegeben worden seien. Die Forderungen der kleinen Kaufleute, Handwerker, Bauern und unteren Schichten belaufen sich auf mehr als 5 Milliarden. Den Börsenanteil von 75 Milliarden hätten sich die Großindustrie und eine kleine Liste Privilegierter geleistet. Inabe's jilerete eine ganze Anzahl großindustrieller Unternehmungen und Handelsfirmen, die bis zum Jetzt noch den tatsächlich erlittenen Schäden forderten und ausgezahlt erhalten haben. Auch zwei Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, der Justizminister und der Minister des Innern, scheinen durch die neuen Enthüllungen Inghels stark kompromittiert. Beide sollen näheren und ferneren Verwandten große Vorteile zugestanden haben.

M.B. berichtet weiter: Der Minister für die zerstörten Gebiete Reibel protestiert energisch gegen die Ausführungen Inghels, der sich aber in seinen Erklärungen nicht beirren läßt; der Minister versichert, daß die Justiz ihre Nachforschungen ohne Schwäche forschen und sich dabei durch keine Einwendungen abhalten lassen werde. Abg. Escoffier beschränkt, daß die bemängelten Kredite nicht ausreichen werden, um in drei Jahren das Wiederaufbaupanama zu vollenden. Minister Reibel erklärt demgegenüber, daß

in drei Jahren wieder alles aufgebaut sein werde. Der Wiederaufbau der Häuser werde in erster Linie erfolgen. Die geschädigte arme Bevölkerung werde dabei ein Vorkaufsrecht erhalten. Alle Nachahrligkeiten der Breiten würden streng bestraft. Der gesamte Gesetzentwurf wird hierauf angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Die Kammer hat den Entwurf des Budgetmischels für die Wiederaufbauausgaben des Monats März angenommen, ferner einen Gesetzentwurf, der

den französischen Abenteurern und Abenteurern gewisse Zuwendungen gewährt, um die Differenz zwischen den französischen und dem deutschen Posten- und Matrosenlöhnen auszugleichen.

Neuer Sturm gegen Poincaré.

88 Stimmen Mehrheit.

Paris, 28. Februar. (M.B.) Kammer. Zu einer Interpellation des sozialistisch-radikalen Abg. Buisson über gewisse Tatsachen betreffend die Unternehmung über den Tod des jungen Philippe Daudet erklärt Justizminister Colrat, daß die Unternehmung im Gange sei und daß die Kammer nicht das Recht habe, vor dem Abschluß dieser Unternehmung einzutreten. Poincaré und Colrat erklären, daß sie zurücktreten würden, wenn die Kammer die Diskussion hierüber eröffnen würde. Poincaré fügt hinzu, daß die Dokumente dieser Unternehmung geheim seien und daß er von einem Teil dieser Schriftstücke nur Kenntnis erhalten habe, weil Daudet sie ihm mitgeteilt habe. Da die Regierung die Vertrauensfrage stellt, beschließt die Kammer mit 283 gegen 185 Stimmen die Vertagung der Interpellation Buisson.

Nach vier Jahren wieder Bahnverkehr! Diese erfreuliche Wendung wird nicht etwa in Grotten, sondern — in Plume gezeichnet. Der seit dem Einzug d'Annunzio's am 14. Dezember 1919 eingeleitete Eisenbahnverkehr zwischen Plume und Agron-Dudapest ist wieder aufgenommen worden.

Massenliche Kaszierungsbegehren. Die italienische Regierung hat die ägyptische Regierung ersucht, die nach Kgypten geschickten Ausfrüher aus der Ezenailla auszuliefern.

Lausanne-Debatte im Oberhaus.

London, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Oberhaus brachte Lord Parmoor das Gesetz betreffend den Lausanner Friedensvertrag mit der Türkei ein. Dieses Dokument stamme noch von der vergangenen Regierung.

Lord Curzon ergriff sodann das Wort und führte aus, der Vertrag beende einen langen und verheerenden Krieg zwischen dem Allerten und der Türkei. Die türkische Politik leite gewisse Gesichtspunkte, die wir beherzigen müßten, u. a. die Haltung der Türken gegenüber den Armeniern und den Griechen. Außerdem sei es ein Irrtum der Türkei zu meinen, daß sie auf die Dauer ohne die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Europas auskommen könne. Indessen sei der Himmel augenblicklich klar. Er glaube mit Stolz behaupten zu können, daß kein Land bei den Völkern des Orients jetzt in so hohem Ansehen stehe wie England. Er fordere seine Landsleute auf, sich der Aufgabe zu widmen, den alten türkischen Freunden in ihren Schwierigkeiten beizustehen. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen.

Die Tätigkeit der Arbeiterregierung.

London, 28. Februar. (M.B.) Im Verlaufe einer Versammlung der Arbeiterfraktion kam der Entschluß der Regierung, fünf neue Kreuzer zu bauen, zur Sprache. Nachdem Macdonald die Gründe zu diesem Beschluß auseinandergesetzt hatte, wurden keine Erklärungen von der Versammlung als ausreichend anerkannt. Die Regierung hat dem Unterhaus eine Vorlage eingereicht, worin die Todesstrafe abgeschafft und in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt wird. Eine Ausnahme findet nur für Doppelmord statt. Die Vorlage unterwirft auch die übrige Strafgesetzgebung zahlreichen Änderungen. Die Strafe für Kindermitthandlung, Mädchenhandel und Verführung Minderjähriger wird verschärft. Die bisher noch üblichen Körperstrafen in den Gefängnissen sollen abgeschafft werden.

Macdonald über Moskau.

London, 28. Februar. (M.B.) „Daily Telegraph“ zufolge erklärte Macdonald in einer Unterredung mit dem Londoner Berichterstatter der „New York Tribune“, es habe in England und Europa bezüglich der Aussicht auf eine Regelung der europäischen Verhältnisse ein Gefühl des Optimismus Platz gegriffen. Er teile dieses Gefühl. Im November habe keine günstige Stimmung zwischen Großbritannien und Frankreich bestanden, man habe deshalb keine Einzelheiten erörtern können. Jetzt könne man positiv arbeiten, und man werde es tun. Man müsse jedoch Geduld haben und nicht drängen.

Im Hinblick auf die Beziehungen der britischen Arbeiterpartei zu Moskau erklärte Macdonald, niemand habe Moskau so bitter bekämpft wie die britische Arbeiterpartei. Es sei tatsächlich die britische Arbeiterpartei gewesen, die endgültig mit Moskau brach. Sie habe es auf der Berliner Konferenz getan, wo Anstrengungen gemacht wurden, um die Zweite und Dritte Internationale zu vereinigen. Die britische Arbeiterpartei habe Moskau bekämpft und geschlagen. Moskau sei nicht länger eine Gefahr für England. Er, Macdonald, wolle damit nicht sagen, daß es niemals wieder eine Gefahr werden könne. Es habe eine Gefahr bestanden, als Moskau noch jung und stark war und als sich Moskau im Wirmort befand. Seine Partei sei in ihrem Ursprung und ihrer Geschichte mehr britisch gewesen oder werde mehr britisch bleiben als die britische Arbeiterpartei. Sie in irgendeiner Weise mit Moskau zu vermengen, sei absurd.

Polen und England.

Warschau, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Gesandtschaft für Außenpolitik erklärte Außenminister Graf Zamorski, daß Polen durch sein Bündnis mit Frankreich keineswegs daran gehindert sei, zu einem anderen Staate, wie z. B. England, in nähere Beziehungen zu treten. Die gegenwärtige Regierung sei eine Regierung der Finanzianierung, ihre Politik müsse daher eine friedliche sein.

Der polnische Gesandte in London, Graf Skirmund, statete aus Anlaß der Rede Hendersons Macdonald einen Besuch ab und wies darauf hin, in welche Lage Polen geraten würde, wenn der Vertrag von Versailles revidiert werden sollte.

Kontroll- oder Garantiefomitee?

Paris, 28. Februar. (M.B.) Eine offizielle Haasnote gibt bekannt, am 29. September 1922 hätten die Verbündeten Regierungen der Berliner Regierung mitgeteilt, daß, falls sie in lokaler Weise zur Abrüstung beitrage und namentlich im Verlauf eines bestimmten Zeitraums wesentliche Punkte erfülle, die Militärkommission durch ein Garantiefomitee mit beschränkter Vollmacht und Befugnissen ersetzt werden könne. Dieses Komitee hätte seine Tätigkeit so lange auszuüben, als die Verbündeten dies bis zur völligen Entlassung für notwendig erachteten. Dieser Vorschlag sei von der deutschen Regierung aber abgelehnt worden.

Noch zu früh für mildere Ueberwachung.

Paris, 28. Februar. (M.B.) Die Zeitungen teilen mit, daß der englische Vorschlag auf Ersetzung des Kontrollkomitees durch ein Garantiefomitee in der Vorkonferenz keine günstige Aufnahme gefunden habe. Der „Petit Parisien“ schreibt, daß gegenwärtig noch nicht die Rede davon sein könne, dem Völkerbund die Kontrolle anzuvertrauen.

Salter's Sanierungsvorschlag.

Finanzdiktatur im Völkerbunds Namen.

Paris, 28. Februar. (M.B.) Das Komitee Dawes hatte heute vormittag eine Besprechung mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, der seinen Ausführungen den schriftlichen Bericht zugrunde legte, den er auf Ersuchen des Komitees über die Sanierung Oesterreichs erstattet hat. Sir Arthur Salter hat nach Hoover auf Grund der in Oesterreich erzielten Ergebnisse erklärt, daß man, was Deutschland anbelange, der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen könne, falls zu seinen Gunsten etwas Gleichartiges wie in Oesterreich durchgeführt werden sollte.

Die Heilige Entente. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben die Vertreter der alliierten Regierungen bei der Angoraregierung Protest gegen die zwangsweise Enternung der religiösen Embleme aus den christlichen Schulen in der Türkei erhoben.

Der Reichsausschuss des Reichstages behandelte am Donnerstag den deutschnationalen Antrag, der für Hochverrat im besetzten Gebiet die Todesstrafe und die Aburteilung auch in Abwesenheit des Beschuldigten hat, während seines Anstehens im besetzten Gebiet verlangt. Geroffe Rabbbruch und ebenso die Redner der Demokraten, der Volkspartei und desentrums sprachen sich gegen eine Aburteilung in Abwesenheit als dem deutschen Rechtsgefühl widersprechend aus. Der Antrag wurde deshalb abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitszeit in den Krankenanstalten.

Nach der Verordnung, die im „Reichsgesetzblatt“ vom 14. Februar 1924 veröffentlicht ist, darf das Pflegepersonal in der Woche einschließlich der Sonn- und Feiertage bis zu 60 Stunden, die Pausen nicht eingerechnet, beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit soll in der Regel 10 Stunden nicht überschreiten und durch angemessene Pausen unterbrochen sein.

Man will also, unter Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes, den Achtstundentag des Krankenpflegepersonals beibehalten und für dieses eine tatsächliche Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden einführen. In der Begründung wird gesagt, daß der Erlaß der Verordnung auf dem Wege über das Ermächtigungsgesetz gerechtfertigt sei, weil die Befestigung der Rechtsunsicherheit, die durch die Anordnung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 entstanden wäre, dringend geboten erscheint, und daß der uneingeschränkte Achtstundentag sich mit den Belangen der Kranken nicht vereinbaren lasse.

Was die „Rechtsunsicherheit“ anlangt, so ist sie am 3. Februar 1919 durch folgende Erklärung des damals bestehenden Reichsaminis für wirtschaftliche Demobilisierung behoben worden:

„Krankenwärter und klinisches Personal sind, wie ich in Uebereinstimmung mit der herrschenden Meinung zur Gewerbeordnung annehmen möchte, gewerbliche Arbeiter. Sie fallen unter die Anordnung vom 23. November 1918 („Reichsgesetzblatt“ S. 1334), soweit sie in gewerblichen Betrieben oder Staats- und Kommunalbetrieben beschäftigt sind, also nicht, wenn sie z. B. in privaten Wohltätigkeitsanstalten oder bei Ärzten ohne Krankenhausbetrieb angestellt sind.“

Im übrigen haben sich bei der Durchführung des Achtstundentages in den Krankenpflegeanstalten keine nennenswerten Hindernisse gezeigt. Seit seinem Bestehen ist von gegnerischer Seite nicht der geringste Beweis erbracht worden, daß er in irgendeinem Fall den Kranken zum Nachteil wurde. Wichtig ist ferner, daß ursprüngliche Gegner des Achtstundentages sich mit ihm nicht nur ausgehört, sondern darüber hinaus Gutachten für seine Erhaltung abgegeben.

Die Folgen, die aus der Verordnung nicht nur für den Krankenpflegeberuf selbst, sondern auch für die Patienten entstehen werden, dürften außerordentlich nachteilig sein. Die Arbeitgeber aller Schattierungen werden es gewissermaßen als Solidaritätspflicht ihren Klassenverwandten gegenüber anerkennen, die Durchführung des in der Verordnung vorgeschriebenen Maximums an Arbeitszeit in ihren Betrieben zu bewirken, nämlich 10 Stunden Arbeitszeit und 2 bis drei Stunden „Pause“, also insofern 12 bis 13 Stunden. Die fernere Folge würde sein, daß die Krankenpflegeanstalten alsbald wieder zum Unterschlupf Erwerbsloser aus allen wahllosen Berufen würden. Die Plutokratie würde wiederum sich greifen. Daß daraus für die Kranken Nachteile nennenswerter Art erwachsen müßten, dafür haben die Vorkriegsverhältnisse die deutlichsten Beweise geliefert. Nur der wirtschaftliche wie soziale Zustand des Krankenpflegeberufs nach dem Kriege hat es ermöglicht, daß die Krankenpflege in geordneter Bahn zum Wohle des Volkes gebracht werden konnte. Wir können einfach nicht annehmen, daß insbesondere Ärzte all dies ohne Widerspruch geschehen lassen; vielmehr erwarten wir von ihnen, daß sie sich mit uns einverstanden dafür einsetzen, daß die Krankenpflege nicht zu einem Uebergangsberuf wird, zum Nachteil aller, die einmal auf Krankenpflege angewiesen sein werden.

Es muß als bedenklich bezeichnet werden, wenn das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin, ehe die Verordnung in Kraft getreten ist, von den einzelnen Anstalten Mitteilung verlangt, wieviel Angestellte bei Durchführung der Verordnung gesparrt werden können. Daß eine Ersparnis von Arbeitskräften bei Durchführung dieser Verordnung zu verzeichnen wäre, ist sicher. Das ist gegenüber den Folgen, die der Vollzeitarbeitszeit daraus erwachsen würden, jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Unseren Parteigenossen im Reichstag erwächst die Pflicht, gegen diese Verordnung mit Entschiedenheit Front zu machen. Es wird aber auch an der gewerkschaftlichen Geschlossenheit des Krankenpflegepersonals liegen, ob man insinuiert sein wird, ihm die Errungenschaft der Revolution wieder zu entreißen.

Erfolg des Speditionsarbeiterstreiks.

Nach zweitägigen Verhandlungen unter Vorsitz des Schlichters für Groß-Berlin, Reichsminister a. D. Wissell, ist der Streik im Speditionsverkehr beigelegt.

Die Arbeit wurde am Donnerstag früh zu folgenden Bedingungen wieder aufgenommen:

Der Lohn beträgt bis zum 28. März 30 M. pro Woche. Die regelmäßige 48stündige Wochenarbeitszeit bleibt bestehen. Ueberstunden sind entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe zulässig und werden mit 1/2 des Wochenlohnes vergütet. Bezüglich des § 616 BGB. und des Urlasses wurde eine Verständigung dahingehend erzielt, daß die Höhe der Vorkriegszeit in Kraft treten.

Wahrgelungen dürfen nicht stattfinden.

In der Verhandlung am Dienstag war es trotz achtstündiger Dauer nicht möglich, die Arbeitgeber zu einem Zugeständnis zu bewegen. Am Mittwoch griff dann ein Schiedsgericht ein, das nach vierstündiger Beratung vorstehenden Schiedspruch fällte.

Die von den Arbeitgebern geforderte Kürzung des Lohnes sowie die Verlängerung der Arbeitszeit ist durch das geschlossene Zusammenhalten der Speditionsarbeiter und Richter abgewehrt worden. — Einen schönen Beweis ihres solidarischen Gefühls erbrachten die Speditionskutscher und -arbeiter, indem sie in ihrer Versammlung einstimmig beschloßen, zugunsten der arbeitslosen Kollegen ihrer Branche auf die ihnen zustehende statistische Streikunterstützung zu verzichten. — Bleibt dieser Geist in den Reihen der Speditionskutscher und -arbeiter bestehen, arbeiten sie weiter an dem Aufbau ihrer Organisation, dann werden die Arbeitgeber so leicht nicht mehr den Versuch machen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Der Mühlenarbeiterstreik beendet.

Die Verhafteten endlich freigelassen.

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern über die Verbindlichkeitsklärung des am Dienstag abend ergangenen Schiedspruchs verhandelt, den die Unternehmer bekanntlich abgelehnt haben, nachdem sie schon die Bemühungen des Schlichters zur Beilegung des Streiks vereitelt hatten. Stützten sie sich doch auf die Maßnahmen des Wehrkreiskommandos und auf die Technische Reichshe, die sie noch gestern früh herbeigeholt hatten.

Es gelang nunmehr eine Einigung herbeizuführen auf der Grundlage des Schiedspruchs der Schlichtungskammer, den wir in der Mittwochsausgabe des „Vorwärts“ in seinen wesentlichen Teilen veröffentlichten.

Am Laufe des gestrigen Nachmittags wurden die Betriebsratsmitglieder, die am Sonnabendmorgen aus den Betten heraus verhaftet worden waren bzw. noch nachträglich eingesperrt wurden, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Streikenden, die dem Schiedspruch zugestimmt hatten und zur Wiederaufnahme der Arbeit sofort bereit waren, beschloßen in ihrer Versammlung, auch der Einigung zuzustimmen.

Mit den Arbeitgebern wurde vereinbart, daß die Betriebsräte sich heute früh zur Einteilung der Schichten bei ihnen melden sollen, so daß bis um 10 Uhr der Betrieb überall wieder in Gang gebracht sein wird.

Statistisches Jahrbuch des IGB. 1923/24.

Ergeben erschien das zweite Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I.G.B.) in dreisprachiger Ausgabe: englisch, deutsch und französisch. Der Uebersicht über die Zusammenlegung des Bundesbüros und des Vorstandes des Bundes folgen die Adressen der 22 angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen. Von 19 dieser Landeszentralen wird ein knapper Bericht über ihre Mitgliederbewegung im Jahre 1922 gegeben, aus dem hervorgeht, daß die Weltkrise fast allenthalben die Gewerkschaften in ihrem Mitgliederstande ungünstig beeinflusst hat, und zwar je nach dem Wirkungsgrade der Krise in den einzelnen Ländern. Belgien verlor etwa 79 000 Mitglieder, Dänemark nahezu 1000, während Deutschland in seiner Scheinlöhlerzeit eine Zunahme von circa 150 000 Mitgliedern im I.G.B. und 25 000 Mitgliedern im I.G.B.-Bund zu verzeichnen hatte. Die Mitgliederzahl blieb in Frankreich stabil und sank in Großbritannien von 6 550 933 auf 4 369 268. Die Mitgliederzahl für Holland ist im Letz durch einen Druckfehler mit 21 045 anstatt mit 201 045 angegeben; die Abnahme betrug über 22 000. In Italien ging die Mitgliederzahl unter den kommunistischen Treibern, hauptsächlich aber unter der faschistischen Diktatur von 1 200 000 auf 401 600 zurück. Kanada hatte eine Abnahme von 47 000 Mitgliedern zu verzeichnen und zählte 1922 noch 117 814 Mitglieder. Auch in Bolland ging die Mitgliederzahl um 10 000 zurück, während Jugemburg seine 8000 Mitglieder halten konnte. Oesterreich hatte einen Verlust von 29 828 Mitgliedern zu verzeichnen, Polen jedoch einen Zuwachs durch Anschließ neuer Bezirke von 365 000 auf 411 000. Schweden war von 313 208 auf 292 917 zurückgegangen, ein trotz starker Arbeitslosigkeit verhältnismäßig geringer Verlust. Größer war die Mitgliederabnahme in der Schweiz, von 223 822 auf 162 192. Spanien weist nur eine geringe Veränderung auf, wogegen die Kommunisten in der Tschechoslowakei die Einheitsfront um 167 000 Mitglieder schwächten, die sie zur Moskauer Internationale brachten. Ungarn hatte infolgedessen ein Wachstum von 152 577 auf 202 956, um rund 50 000 Mitglieder zu verzeichnen.

Der nächste Abschnitt bringt ein genaues Verzeichnis der den einzelnen Landesorganisationen angeschlossenen Gewerkschaften, ihrer Adressen und ihrer Mitgliederzahlen, nach männlichen und weiblichen Mitgliedern getrennt. Dieser Teil des Berichts ist besonders wertvoll und bringt in seinen Angaben den Nachweis für die Fiktion, auf denen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale beruht. Dann folgen die Namen, Adressen und Mitgliederzahlen der den internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Verbände. Der Mitgliederrückgang von 1921 bis 1922 kommt natürlich auch hier zum Ausdruck; er bewegte sich von 20 290 182 auf 18 174 373, d. i. 10,4 Proz. Am stärksten sind beteiligt die Landarbeiter, weiter die Fabrikarbeiter, Hotelangestellte, Bergarbeiter und Diamantarbeiter. Eine Zunahme haben die Rüstschmer, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Lithographen, Legilarbeiter und Tabakarbeiter zu verzeichnen.

Den Schluß bilden eine ganze Anzahl von Tabellen, die einmal die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter aller Richtungen mit nahezu 41 Millionen aufzählen, die Mitgliederzahlen der I.G.B.-Landesverbände und der Berufssekretariate, der Sozialistischen Jugendinternationale, des Internationalen Genossenschaftsbundes und des Internationalen Arbeiterinnenbundes, ferner eine Reihe von finanziellen Tabellen über Einnahmen und Ausgaben der angeschlossenen Organisationen. Die Tabellen sind in recht übersichtlicher Form dem Jahrbuch beigegeben, fügen sich jedoch der Buchform nicht recht an, so daß es sich empfehlen dürfte, sie künftig in besonderem Umschlage zu dringen.

Das 168 Textseiten und 69 Tafelenseiten umfassende Jahrbuch ist für Deutschland von der Verlagsgesellschaft des I.G.B., Berlin S. 14, Inselstr. 6, zum Preise von 3,50 M. zu beziehen.

Zur Lage der Landarbeiter.

Ein Berliner Metallarbeiter, der durch Arbeitslosigkeit gezwungen zur Landwirtschaft überging, schildert uns die Lage der Landarbeiter im Bezirk Magdeburg-Börde. Der Spitzenlohn beträgt seit Mitte November 13 Pf. pro Stunde, wozu die Verheirateten 13 Zentner Getreide, 1/2 Zentner Hülsenfrüchte bekommen und ein Zukaufsrecht für Brotgetreide haben. Die steuerliche Bewertung dieses Naturallohnes beträgt wöchentlich 3,04 M. Es ergibt sich ein Gesamtverdienst von 9,88 M. für Tageelöhner und von 10,38 M. für Geschirrführer. Eine Lohnherhöhung können die armen Landwirte zwar nicht zahlen, dafür aber fordern sie verlängerte Arbeitszeit für die Volkswirtschaft. Der Lohn erhöhe sich dadurch automatisch. Der Naturallohn vermindert

sich dabei ebenso automatisch. Im Tarifjahr 1923 mit 300 Arbeitslagen sollte die Arbeitszeit 2075 Stunden betragen. Sie wurden nicht geleistet.

Den Vertretern des Landarbeitervereins wurde erklärt, bei Zustimmung zu verlängerter Arbeitszeit könne der Lohn um einen halben bis einen Pfennig erhöht werden. Die Arbeiter lehnten dies Angebot ab. Weitere Verhandlungen waren ergebnislos. Am 15. Februar sollte ein Schiedspruch abgegeben werden. Da erklärte denn ein Vertreter der Unternehmer, man wolle freiwillig zwei Pfennig je Stunde zulegen. Es kam zum Schiedspruch, der bei einer Arbeitszeit von 2800 Stunden einen Verlust von 16,3 Pf. vorsieht. Die Arbeiter sollten den ganzen Sommer über 12 bis 13 Stunden auf dem Felde liegen.

Wir Landarbeiter sind durch den geringen Verlohn in eine Schuld- und Vorkehrwirtschaft geraten, die kein Familienvater mehr verantworten kann. Es ist uns unmöglich, irgendein Kleidungsstück zu ersetzen. Die Arbeiter gehen teilweise schon gerumpelt und zerfetzt zur Arbeit. Geld für Hausbrand muß vom Arbeitgeber geliehen werden, wofür dann monatlang 3 bis 4 M. wöchentlich abbezogen werden. Auf einem Gut im Kreise Wanzleben ist es Regel, Familienväter mit 4 und 5 Kindern mit einem Lohnwert von 45 bis 150 Pf. nach Hause zu schicken. So wird eine große Mißlimmung geschaffen, die schließlich einmal in verhängnisvoller Form zum Durchbruch kommt. Der Kontrast zwischen der großen Armut auf der einen und der großen Verschwendung auf der anderen Seite ist gar zu groß.

Sollte die landbündlerische Presse demnächst einmal über Berrat der Landarbeiter an der Volksernährung Kraftbilustränen vergießen, dann wissen die Berliner Arbeiter, wie die Dinge stehen.

Im Zeichen des Sparbetriebs.

Vorzugsweise Beförderung bemittelter Postbeamten.

Man schreibt uns: „Bei Reubesetzung von Vorsteherstellen der Postämter kam es bisher neben dem Dienstalter auf gute Leistungen an. Bessere scheinen neuerdings nebensächlich zu sein, wie folgender Fall beweist. Die Vorsteherstelle des Postamts in Twistringen ist neu zu besetzen. Nach einer Verfügung der Oberpostdirektion werden Bewerber, die auf die Umzugsunterstützung und etwa zustehende Entschädigungen für doppelte Haushaltsführung verzichten, in erster Linie berücksichtigt. Also nicht „freie Bahn dem Tüchtigen“, sondern „freie Bahn dem Bemittelten“.

Deutschnationale Klassenkämpfer.

Im östlichen Lager ist ein auch die Öffentlichkeit angehender häuslicher Streit entstanden. Unter der Ueberschrift „Klassenkampf und nationaler Gedanke“ polemisiert in Nr. 17 der „Deutschen Presse“ (Rüdnen) das Verwaltungsmittglied des D.N.B., A. Zimmermann-Hamburg, gegen diejenigen völkischen Kreise (Hoeder, Maurenbrecher, Justizrat Claf usw.), denen der „Begriff Gewerkschaft unheimlich ist und die ihm mit starker innerer Abneigung gegenüberstehen“.

Seine Widersacher behaupten nämlich, daß die christlich-nationalen Gewerkschaften bewußt auf der marxistischen Basis des Klassenkampfes stünden und auch mehr oder weniger den Klassengegensatz predigen. Zimmermann sieht keinen völkischen „Bestimmungsfreund“ gehörig die Devoten, indem er sagt, sie sollten sich doch erst besser unterrichten, ehe sie sich Meinungen bilden und diese gar journalistisch vertreten! Weiter schreibt er:

„Dem Arbeitnehmer wird es Monat für Monat, Woche für Woche immer wieder ins Bewußtsein hineingehämmert, daß der Klassenkampf eine Tatsache ist. Es ist nichts als eine gedankenlose Redensart, wenn dieser oder jener Politiker von sich behauptet, er stehe nicht auf dem Boden des Klassenkampfes. Ebenso gut könnte er sagen, er sei ein Gegner des Regens, des Windes, des Herbstes oder des Erdbodens. . . . Warum bekämpft man in den Blättern der Claf und Maurenbrecher nur die Arbeitnehmer, warum nicht die Arbeitgebergewerkschaften? Man findet es ganz in der Ordnung, daß sich die Arbeitgeber, daß sich die Landwirte, daß sich die Ärzte zusammenschließen. Nur den Arbeitnehmern wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß als Verbrechen angekreidet. Gewiß, die sozialdemokratischen sog. freien Gewerkschaften sind falsch eingestellt. Daran ist aber nicht der an sich echt germanische gewerkschaftliche Gedanke schuld, sondern die marxistisch-sozialdemokratische Lehre, mit der der gewerkschaftliche Gedanke selber eine Ehe eingegangen ist. . . . Die gewerkschaftliche Arbeit steht an sich nicht im Gegensatz zum nationalen Gedanken.“

Soweit der noch immer mit einer starken Dosis Weltfremdbheit und Naivität ausgestattete D.N.B., der nach vier Jahren über die Gewerkschaften genau so wegwerfend urteilt wie die jetzt von ihm verdammten Hoeder, Maurenbrecher u. Co., der sich nach Kriegsende lediglich aus Wettbewerbsgründen auf dem „Boden der gegebenen Tatsachen“ als „Gewerkschaft“ etablierte. Sein Zweifrontenkampf kann nun beginnen. Einrückts gegen keine völkischen Freunde um die Streitfrage, wer den richtigen nationalen Gedanken vertritt, andererseits gegen die freien Gewerkschaften darüber, wer der wirkliche Träger des Klassenkampfes ist. Wieleicht wird der wandelbare D.N.B., der sich jetzt aus durchsichtigen Gründen zum Träger eines „Klassenkampfes“, wie er ihn aufsaßt, macht, nach weiteren sechs Jahren die „marxistisch-sozialdemokratischen Lehren“ als richtig erkennen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. G. Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Reuter; Kultur: E. G. Reuter; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: E. G. Reuter; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6., Lindenstraße 2. Preis 2 Hellagen.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

KAISER'S KAFFEE

in bekannt guter Friedensqualität von M. 2⁶⁰ bis 3⁶⁰ das Pfund

Kaiser's Kaffee „Extra“ das Beste vom Besten M. 4²⁰ das Pfund

Kaiser's Tee feinste Mischungen von M. 5⁰⁰ bis 6⁰⁰ das Pfund

Kaiser's Malzkaffee zum Friedenspreis von 25 Pfg. das Pfund

Reiche Auswahl in Schokoladen, Kakao, Pralinen, Bonbons und Keks eigener Fabrikation / Filialen in allen Stadtteilen Berlins

Kaiser's Kaffee - Geschäft

Kommunistische Wahlmache.

Die Stadtverordnetentribüne durch Polizei geräumt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben gestern die Kommunisten richtig wieder den Kräftezustand gebracht, den sie brauchen, um Stimmung für die bevorstehenden Reichstagswahlen zu machen. Viel Geschick ist allerdings dazu nicht nötig — man hat nur die Tribünen mit einigen leistungsfähigen Schreibern zu besetzen, die auf Signal das Erforderliche besetzen. Als Signal dient in der Regel das Geschimpfe, mit dem die kommunistischen Stadtverordneten, nicht etwa die Parteien der Rechten, sondern die ihnen viel unbehaglichere Sozialdemokratie ansetzen. Schon bei Beginn der Sitzung ließ der „Geschäftsordnungs“gerede des Kommunisten Dörr erkennen, daß er Skandal suchte und entzünden wollte, ihn so oder so herbeizuführen. Die Sitzung wäre fast gleich in der ersten Viertelstunde aufgelöst, wenn nicht der Vorsteher Hoff das dadurch verhindert hätte, daß er sie auf einige Zeit unterbrach. Aber schon bald nach der Wiedereröffnung bot bei einem Erwerbslosenentwurf der Deutschnationalen sich für die Kommunisten Schumacher und Dörr die erwünschte Gelegenheit, das berühmte Schimpfrezepit anzuwenden und durch sinnlose Angriffe gegen die Sozialdemokratie die bestellten Tribünenbesucher aufzuregen, so daß sie mit lärmenden Zwischenrufen hörten. Der Vorsteher Hoff bewies in dieser Sitzung eine Langmut, die wahrscheinlich kein anderer fertiggebracht hätte, aber schließlich mußte er die Räumung gebieten. Nachdem er die Sitzung unterbrochen hatte, verließen ruhige Leute freiwillig die Tribünen, die Schreier aber blieben, ermutigt durch die Unbesonnenheit kommunistischer Stadtverordneter, die anstehend zu ihrem „Schutz“ hinauszutreiben. Die Räumung war vom Vorsteher geboten worden, aber sie auszuführen, blieb Aufgabe des Magistrats. Der Stadtrat Wege, der das Amt hat, das Hausrecht des Magistrats zu wahren, bemühte sich diesmal vergeblich, die Tribünenbesucher in Güte hinauszubringen. Schließlich rief er die Polizei herbei, die dann in Stärke von vier oder fünf Mann anrückte und durch einfache Aufforderung die unversöhnliche Räumung erreichte, ohne irgendwelchen Widerstand zu finden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung besorgte der Kommunist Rosenberg, was noch zu tun übrig blieb. Er erzwang eine Wortentscheidung, redete aber weiter und erreichte den gewünschten Abbruch der Sitzung. So steht die „Arbeit“ aus, die von den Kommunisten im Rathaus geleistet wird. Sollten die Verantwortlichen unter der kommunistischen Wählererschaft, als sie bei den Stadtverordnetenwahlen diese Vertreter ins Rathaus schickten, nicht doch etwas anderes von ihnen erwartet haben?

Die Sitzung verlief, bevor noch in die Tagesordnung eingetreten war, zeitweiliger Vertagung. Diese wurde durch das proo-fatorische Verhalten des Kommunisten Dörr geradezu erzwungen. Herr Dörr beantragte zur Geschäftsordnung eine Umsiedlung der Tagesordnung dahin, daß die Anfrage der DDB betr. den Abbau von unbesetzten Stadträten in den Bezirksämtern und der Antrag derselben Fraktion betr. den Abbau von besetzten Magistratsämtern zusammen vorweg verhandelt werden sollten und gab dann eine weitläufige Begründung dieses Geschäftsordnungsantrags, die sich über den Reumachtermin, über die Frage, ob die letzte Zusammenfassung der Versammlung noch der Zustimmung der Wählererschaft entspreche, über die Weidenburger Wahlen usw. verbreitete. Dem Ermahnungen des Vorstehers Hoff, sich im Rahmen der Geschäftsordnung zu halten, schenkte Herr Dörr kein Gehör, sondern sprach unentwegt weiter, bis ihm der Vorsteher das Wort entzog. Auch die Wortentscheidung verfehlte durchaus ihre Wirkung, ebenso die Feststellung des Vorstehers, daß Herr Dörr durch sein Tun die Berliner Stadtverordnetenversammlung herabwürdigte. Als sich auch noch ein Teil der Tribünenbesucher einschickte, sah sich der Vorsteher genötigt, nachdem er den Demonstranten mit der Räumung der Tribüne gedroht hatte, die Sitzung zu vertagen. Nach einer Viertelstunde wurde die Sitzung wieder eröffnet. Jetzt beantragte Koch (Dnat.), dem Antrage auf gemeinsame Be-

ratung stattzugeben, oder die Beratung selbst in der durch die Tagesordnung gegebenen Reihenfolge stattfinden zu lassen. Dem stimmte eine aus Bürgerlichen und Kommunisten bestehende Mehrheit zu. Die vom Gen. Dr. Lohmann aufgeworfene Frage, ob zur Gültigkeit eines solchen Beschlusses Zweidrittelmehrheit gehöre, wurde einstweilen zurückgestellt. Die Vorlage waren Unterstufung der Privatlosgen und der privaten Mädchenmittelschulen überwiegen die Versammlung einem Ausschuss und besetzte sich darauf mit der Anfrage der Deutschnationalen, welche eine Statistik der Erwerbslosen für 1923 verlangt. — Stadtrat Brühl gab die bezüglichen Ziffern. — In der von den Kommunisten beantragten Besprechung führte Schumacher (Komm.) an, daß Erwerbslose für „Zwangsarbeit“ wöchentlich ganze 9,30 M. erhalten (Pfl.-Akte auf der Tribüne; der Vorsteher droht mit der Räumung). Die Straßenbahn-G.m.b.H. habe Gleisarbeiten durch Erwerbslose mit Zwangsarbeit ausführen lassen, und der kommunistische Stadtrat Buscher sei für keine Weigerung, solche zu vermitteln, vom sozialdemokratischen Bezirksamt 20 seines Amtes entbunden worden. Billigte der Magistrat die mehr als hohle Handlungswelle des Bezirksamts 20? — Oberbürgermeister Böhm erwiderte: Der genannte Stadtrat in Reinickendorf hat erklärt, daß er die neuen Bestimmungen für die Erwerbslosen nicht durchführen werde und er hat sie in mehreren Fällen nicht durchgeführt. Daraufhin ist er zunächst seines Amtes entbunden worden, und auf Veranlassung des Bezirksbürgermeisters ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. — Schumacher führte weitere Fälle an, wo dem Stadtrat Buscher zugemutet sei, Streikbrecher zu vermitteln. — Der Oberbürgermeister wiederholte seine Erklärung mit dem Zusatz, daß der Magistrat gar nicht in der Lage sei, in das Verhalten selbst einzugreifen. — Stadtrat Brühl legte nochmals mit großem Nachdruck dar, daß es sich um Verordnungen des Reichs mit Gesetzeskraft, um zwingende Vorschriften handle, deren Nichtbefolgung schließlich nur den Erwerbslosen zum Schaden gereichen müsse. Im allgemeinen halte man an 8 Stunden Pflichtarbeit pro Woche fest, bei Schwerarbeit, wozu auch Schneearbeit gerechnet werde, kämen nur 6 Stunden in Frage. — Dörr spielte seine Erwidierungen auf den Vorwurf gegen den „sozialistischen“ Magistrat zu, dieser habe an der Hand des am 19. § 9 der Erwerbslosenverordnung den Kampf gegen die kommunistische Partei eröffnet. Der Willenswille der Berliner Bevölkerung müsse endlich diesen Magistrat hinwegjagen. Auf abermalige Kundgebungen der Zuhörer ordnete der Vorsteher die Räumung der Tribüne an und vertagte nach 47 Uhr zum zweitenmal die Sitzung.

Die auf der Zuhörertribüne Anwesenden leisteten der wiederholten Aufforderung des Stadtrats Wege, die Tribüne zu verlassen, keine Folge. Schließlich erschien Polizei, worauf die Zuhörer schloß unter erregtem Protest die Tribüne räumte.

Die zweite Sitzung.

Um 18 Uhr wurde die Sitzung zum zweiten Male für wiedereröffnet erklärt. Zunächst nahm die Versammlung die Abstimmung vor über die Anträge zur ärztlichen Versorgung. Der Antrag der Deutschnationalen, der über die Frage der hinreichenden Sicherung der ärztlichen Versorgung Prüfung und baldige Auskunft verlangt, wurde mit 97 gegen 83 Stimmen angenommen, der Antrag der Kommunisten abgelehnt. Hierauf setzte Herr Dörr seine durch den Räumungsvorfall unterbrochene Rede fort. Er protestierte gegen die Entfernung der Erwerbslosen von der Tribüne, fragte, ob der Vorsteher auch verantwortlich habe, daß die Polizisten mit Karabinern auf der Tribüne erschienen. In derselben Tonart ergriff sich dann der Kommunist Dr. Rosenberg, der „zur Geschäftsordnung“ an den Räumungsvorgang eine lange Erörterung knüpfte. Zweimal zur Sache gerufen, fuhr er in nicht minder o-mnifidier, in der Hauptsache gegen den Vorsteher persönlich gerichteter Polemik fort; der Vorsteher entzog ihm das Wort und forderte ihn auf, die Rednertribüne zu verlassen. Dr. Rosenberg erklärte kurzweg unter dem losenden Beifall seiner Parteifreunde: „Ich werde die Tribüne nicht verlassen!“ und der darauf in der Versammlung ausbrechende allgemeine Tumult ließ jede Aussicht auf eine auch nur halbwegs geordnete Fortführung der Verhandlung schwinden. So zog es der Vorsteher vor, die Sitzung um 18 Uhr kurzerhand zu schließen.

Tierhaltung im Hause.

In die Wohnung des Mieters Schulze stattert ein Schreibbrief des neuen Vermieters. Der Tapjere hat das Haus nicht gerade im besten Zustande übernommen. Seit Jahren ging alles drunter und drüber. So ziemlich jeder machte, was er wollte. Wenn nur die Miete gezahlt wurde! Um alles andere kümmerten sich die verschiedenen Hausbesitzer, General- und Unterverwalter, die fast alle Vierteljahre wechselten, veräußert wenig. Nun ist ein starker Mann am Ruder, ist im vollen Kraftbewußtsein der Verwalterwürde entschlossen, gründlich aufzuräumen. Und in dem Schreibbrief, den gleichzeitig noch drei andere Mieter erhalten haben, steht folgendes: „Es tut mir leid, Sie auffordern zu müssen, daß Sie die von Ihnen gehaltenen Kaninchen und Hühner bis zum Ersten des kommenden Monats entfernen. Die Tiere dürfen auch nicht im Keller oder auf dem Boden bleiben. Der neue Wirt will das nicht mehr dulden. Außerdem haben sich mehrere Mieter über den Geruch, den die Tiere verbreiten, beschwert. Sollten Sie meiner Aufforderung nicht entsprechen, so würde ich berechtigt sein, beim Gericht die Aufhebung des Mietverhältnisses zu beantragen.“ Schulze ist fuchswild und beruft einen Kriegsrat ein. „Der kann so bleiben. Was denkt sich der Patentverwalter denn eigentlich? Früher hat a doch nicht gehatt up wär a mit en Karnickel uff'n Sonndagsdich jehewi sehr zufrieden jehewen. Jetzt riecht a woll den Jänsebraten? Zustand! Als ob wa det Feld so aus 'n Kermel schüttelten und wieda mitten mang det Fett jöhen. Det jibi's nich, wat der will. Ich bin dofor, wir lassen et druff antommen.“ Der zweite Mieter haut in die gleiche Kerbe: „An nich mal uff'n Boden oder in'n Keller. Wer is denn noch so beemlich, da sein Kleindoch unterzubringen. De wird et doch in de ersten acht Tage jek'ant. Also bleibt uns ja jeh nich andert als de Wohnung ibrig. Oder soll id meine Karnickel brauchen in de Laube dahungern und oafrieren lassen?“ Der dritte Mieter ist bedächtiger: „Kinners, jeh auch den Zietverdrach an! Wenn id nich irre, steht da, det man zwar keene Genehmigung braucht for'n Kanarienvogel, aber sofar schon for den Keensten und seubersten Räder. Na, um der Jekant is och nich so janz ohne. Er duftet monchmal wirklich wie in de Küche bei Kempinski. Die Mieter, die uns benunziert haben, soll der Deibel holen, aba id soobe, wa zieh'n 'ne Miete, wenn wa uns weijern.“ Das ist auch die Meinung des letzten im Quartett. Man spült den Kerger hinunter und beschließt schweren Herzens, die vierbeinigen Hausfreunde zu verkaufen oder ein großes Schlachtfest zu veranstalten.

Im Ernst — sind solche in letzterer Zeit zahlreich erfolgten Aufforderungen, das häusliche Kleintier abzugeben, wirklich immer notwendig? Man soll doch nur da eingreifen, wo sich erhebliche Unbequemlichkeiten zeigen. Vorbedingung ist allerdings schon im allgemeinen Interesse, seine Hausiere mit größter Sauberkeit zu versorgen. Wer das nicht tut und mehr als nur die Rasse gefährdet, darf sich über Zwangsmaßnahmen nicht beklagen.

Kinder Hollands helfen Deutschlands Kindern.

Eine neue Speisenausgabestelle für notleidende Schulkinder wurde am Mittwoch im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg eröffnet. Spenden, die aus Holland kommen, haben dieses Werk helfender Liebe ermöglicht. In dem Schulhause Schönhauser Allee 166a erhalten unterernährte und kränkliche Mädchen täglich ein Mittagessen, das von älteren Schülerinnen im Kochunterricht zubereitet wird. Zunächst sind dreißig der Bedürftigsten ausgewählt worden, man hofft aber, bald noch mehr bewirten zu können. Bei der Eröffnungsfest, die mit Gesang eines Mädchenchors eingeleitet wurde, begrüßte Stadtrat Friedländer als Vorsitzender des Bezirksjugendamtes die Gäste. Bezirksbürgermeister John, der dann das Wort nahm, hob hervor, daß solche dankenswerten Liebeswerke des Auslands nicht nur zur Beseitigung der Not in Deutschland beitragen, sondern auch die Freundschaft der Völker fördern. Stadträtin Wegl, die Vorsitzende des Bezirksjugendamtes Berlin, wies darauf hin, wie sehr durch die leibliche Not eines Kindes auch seine Gemütsverfassung beeinträchtigt wird. Die hier geschaffene Kinderpeisung habe es übrigens auch ermöglicht, den durch Mangel an Material beeinträchtigten Kochunterricht neu zu beleben. Nach Dankesworten des Rektors Müller von der 110. Gemeindeschule sprach Herr Blockziel, der als Vertreter der holländischen Gesandtschaft an der Eröffnungsg-

(Nachdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Im Bildungsturm immer dieselben Gesichter, dieselben Fragen und Einwände. Der Verlauf der Versammlungen immer derselbe. Ein halbgezwungener Streik. Einer, durch den eine winzige Lohnerhöhung erkämpft worden war. Und wieder ein verlorener Streik. Dazwischen eine Demonstration. (Der Agitator und einige Genossen waren verhaftet worden.) Bildungsturm. Versammlungen. Kämpfe kleiner und kleinster Art. Enttäuschungen. Und wieder Bildungsturm. Versammlungen. Ein Tag wie der andere, und alle grau. Die Zeit flog, entschwand seinem Gefühle so schnell, als ob sie stehe, gar nicht vergehe. Es gab kein Ereignis, von dem, erinnernd, er hätte sagen können: das erstirkte mich. Es war, als ob seither erst ein Tag vergangen wäre, der in rasender Schnelligkeit sich selbst immer wieder einholte und so Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft freffe. So stand er in der immer gleichen Graueit des immer gleichen Tages. Anfangs hatten sich durch seine Verbundenheit mit Katharina in dieser Eintönigkeit die großen Stunden aufgegan. Minuten, Blicksekunden von solcher Tiefe des Blicks, daß die Erfüllung der ältesten Sehnsucht des Menschen — die Überwindung der schicksalhaften Einsamkeit, die jedes Bewußtsein dieser Erde trennt vom anderen — ihm zuteil geworden war. Aber die Erinnerung daran, daß er dies Unfassbare des Daseins einmal geschaut hatte und auch das Wissen, daß dieses Enttäuschtsein nur solchen verstatet sein konnte, deren Verbundenheit vertieft ist durch ihre gemeinsame Hingabe an die Idee, war verbläht. Jürgen stand am Schreibtisch. Seine Hand legte einen Meißel hin, nahm ihn wieder, legte ihn hin, nahm ihn. Immer dasselbe zu tun, dasselbe zu tun, selbe zu tun und nichts zu erleben, da verflodert die Flamme. . . . Jahrelange Hingabe, ausschließlich durch sich selbst genährt! Ist sie menschenmöglich? Er hätte schon fort sein müssen, um rechtzeitig in die Redaktion zu kommen. „So leben wir, so leben wir, so leben wir

alle Tage. . . . Wo war das? Tatsächlich, ungefähr so leben die. Und wir leben so. Das ist ein Leben!“ Wieder tropfte die lede Dachrinne. Die Proletarierkinder tobten im Hofe, wo der graue Haselnußstrauch schon braunviolette Knospen trug. Wieder war ein Jahr vorbei. „Innere Vertrocknung. Ja, ja, innere Vertrocknung.“ Er horchte auf das Klappern der Maschine. „Dieses Mädchen, Menschenkind, Menschenkind mit dem großen, milden, starken Herzen, lebenslanglich hingegeben der Idee, ganz und gar!“ Die Erschütterung ging durch den ganzen Mann durch. „Das Leben, sein Leben hinzugeben, auf einmal, ist ein Nichts. . . . Da drinnen sitzt die Größe. Die Größe bei der kleinen Arbeit! Das Kleine, das Tägliche, das Treue, täglich, durch Jahre, durch Jahre im Dienste der Idee getan, ist die Größe. Der Held ist tot. Der Held gehört vergangenen Jahrhunderten an. . . . Katharina sitzt, wie der Verurteilte, lebenslanglich im Gefängnis. Hat sich selbst verurteilt. . . . Verteile, wie sie, ein Leben lang deine Hingabe auf jährlich dreihundertfünfundsiebzig Tage — erst dann hebe stillen Blickes die Hand in Sternhöhe, wenn gerufen wird: Wer noch vermehrte die Zahl der vielen, auf deren dargebrachtem Leben ich, die Menschheit, in die Befreiung schritt? . . . Ich weiß, daß dies, daß dies die wahre Größe ist.“ schlüßerte er bebenden Mundes. Bläute, umstanden von Graueit, zurück auf die Graueit der vergangenen Jahre, suchenden, tastenden, sehenden Blickes auf die Graueit künftiger Tage. Und hatte, Minuten später, unversehens den verlusterten Backsteinwürfel verlassen, durch die Hintertür. Schritt, von Lebenseier gestossen, hinaus. Dem Wolde zu. Hinaus über fette Schollenader. Atmete und schritt. Ihm entgegen stürzte das Leben. Birken — butterzartes Hellgrün — säumten den Wald, dessen billionentknospige Geäste violett im Frühlingsdampfe stand. Der grüne Tunnelberg, strotzend von Brombeer und Schlehdorn, Brennnessel, Felsmoos, zugeflogenen jungen Birken, wilden Obstbäumen und allerlei Grün — ein wild und dicht bewachsener Riesenrücken, in der Sonne funkelnd und glühend —, war schweignah. Jürgen stand vor dem schwarzen Tunnelloch, blickte hinein, forschend, wie zurück in seine Vergangenheit. „Bis hierher rannte ich, damals, als die Tante mich angespuht hatte.

Wollte ich mich überfahren lassen? Da war ich fünfzehn Jahre alt.“ sagte er, ergriffen von Sympathie für den Knaben. „Spuckt ihm ins Gesicht, dem Jungen. So ein Mistvieh! . . . Nun, diese Ungeheuer in mir sind tot.“ Dies war nun schon seine vierte Wanderung in diesem Frühling. Immer war er vollgejogen, erfrischt, verdreht und ausgehungert zurückgekehrt. Und Katharina hatte gesagt: „Das sollstest du öfters tun.“ Einmal, schon vor Wochen, waren beide zusammen gewandert. Wachstum und Grün, noch gebunden, erst als Verheißung über den unabsehbaren Buchenwäldern. Schäumende Bäche, wasse Täler, Rebeidampfe, die wie Rauch und Erde rochen, hatten Kälte verbreitet, in der schon die Blut des Kommenden prickelnd enthalten gewesen war. Reugierig, was zu halten sein werde, waren sie seitwärts aus einem von noch kahltem Gesträuche überhangenen Hohlweg emporgestiegen und auf die Landstraße gekommen, die, eben und linealgerade, weit, weit hinaus und zuletzt wie ein weißer Fels in den geheimnisvollen Horizont stieß. Die Vorstellung: ein Mensch geht aus der Stadt hinaus, geht auf der Landstraße hin, läßt alles hinter sich, alle Qualen, alle Pflichten, geht immer weiter, weiter auf der Landstraße hin — hatte Jürgen, der Jüngling, jahrelang in sich getragen. Katharina sah auf dem Kilometerstein. Jürgen neben ihr auf dem Baumstumpf. Durchwärmte Körper und kalte Wangen, die vor Hitze prickelten. Während sie Brot und Wurst aßen, hing Jürgen jener alten Sehnsucht nach. „Wenn wir beide jetzt einfach losgingen, da hinaus, jetzt auf der Stelle, und ohne jemals umzukehren, immer weiter, du und ich, fort, immer weiter fort!“ „Ohne Zahnbürste, ohne Nachthemd, ohne Ausweispapiere,“ hatte Katharina lächelnd geantwortet. „Ohne Wohn! Nur zusammen!“ „Ja, du und ich! Ohne Geld! Ohne Rückblick! Nicht mehr als dies und das, nicht jenes, nicht die Redaktion, der Bildungsturm, nicht Doktorexamen und Ausweispapiere — nur der Mensch ist die Instanz. Wir, der Mensch, gehen und lassen, endlich! endlich! den Menschen atmen, fühlen, tun, erleben. Nur ihn! . . . Müde, übermüdet, klopfen wir an ein Bauernhaus und bitten um ein Nachtlager.“ „Wer seid ihr?“ „Der Mensch!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Mann an der Fleischbank.

Ein Gewerbe, das die schlimmste Zeit überstanden hat.

feier teilnahm. Er erzählte, daß Kinder Hollands durch ihre Schulzeitungen von der Rot deutscher Kinder erfahren haben. Sie haben selber die Mittel für diese Kindererziehung zusammengebracht und hoffen, das Werk fortsetzen zu können. Dann wurde den Kindern ihre Mittagsspeise aufgetischt, das zur Feier des Tages um eine süße Zugabe vermehrt war. Die ausgewählten Kinder sind meist infolge Unterernährung so in der Körperentwicklung zurückgeblieben, daß man sie um Jahre jünger schätzt. Verhältnismäßig ist oft für die Kinder die Erwerbslosigkeit des Vaters, bei der sehr rasch der Ernährungszustand der ganzen Familie sich verschlechtert. Schon wenige Wochen nach Eintritt der Erwerbslosigkeit bieten manchmal die Kinder dem unternehmigen Arzt das Bild eines rapiden Kräfteverfalls, der sofortige Hilfe erfordert.

Zur Märzmiere.

Die inzwischen in der Tagespresse bekanntgewordene Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt über die Berechnung der Miere für den Monat März weist, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, gegenüber der Regelung für den Monat Februar nicht unwesentliche Änderungen auf. Abgesehen von der Erhöhung des Zuschlags für laufende Instandsetzungsarbeiten um 2 Proz. ist dem Vermieter eine sehr erweiterte Möglichkeit gegeben, einen Teil der Betriebskosten umzulagen, nämlich unter folgenden Voraussetzungen:

1. Es wird angenommen, daß in den Betriebskosten 3 Proz. der Friedensmiete für Wassergeld enthalten sind. Weist der Vermieter nach, daß er mit diesen 3 Proz. im Monat nicht ausreicht, so ist er berechtigt, den überschüssigen Betrag umzulagen. 2. In den Betriebskosten ist u. a. auch die staatliche Grundvermögenssteuer (Grund- und Gebäudesteuer) sowie der Zuschlag hierzu enthalten, den die Gemeinde erhebt. Soweit dieser Zuschlag 100 Proz. übersteigt, kann der Vermieter den überschüssigen Betrag auf die Mieter umlegen. 3. Unter den gleichen Voraussetzungen ist die erweiterte Umlage des Wassergeldes und des gemeindlichen Zuschlags zur Grundvermögenssteuer auch noch für den Monat Februar zulässig. In denjenigen Gemeinden, die statt des Zuschlags zur Grundvermögenssteuer eine selbständige Grundvermögenssteuer erheben, ist derjenige Betrag umlagefähig, der höher ist als ein Zuschlag von 100 Proz. zur staatlichen Grundvermögenssteuer. Im übrigen ist es bei der Nachschußpflicht des Mieters in Höhe von 3 Proz. der Friedensmiete für den Fall verblieben, daß der Vermieter mit 15 Proz. der Friedensmiete die von ihm sonst geforderten Betriebskosten nicht zu decken vermag.

Kommen in einem Zahlungsabstimmungs umlagefähige Betriebskosten nicht zur Umlage, so sind die hierdurch gesparten Beträge bei der nächsten Mietzahlung in Anrechnung zu bringen. Fordert z. B. eine Gemeinde vom Vermieter die Gebühren für Müll- und Schlackenabfuhr für die Monate Februar, März und April um 1. Mai ein, so hat der Vermieter diesen Gesamtbetrag auf die einzelnen Monate Februar, März und April entsprechend zu verteilen. Steht sich hierbei heraus, daß der Vermieter mit den 15 Proz. der Friedensmiete für die Betriebskosten etwa im Monat Februar unter Berücksichtigung auch des Betrags für Müll- und Schlackenabfuhr eine Ersparnis von etwa 2 Proz. der Friedensmiete gemacht hat, so hat er diese 2 Proz. im Monat März in Anrechnung zu bringen, falls die 15 Proz. der Betriebskosten zur Deckung der von ihm für diesen Monat geforderten Beträge nicht ausreichen. — Hat der Vermieter andererseits umlagefähige Betriebskosten für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, etwa Feuerversicherungsbeiträge, so hat er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgte, auf die einzelnen Mietzahlungsperioden zu verteilen. Da fortan die Berechnung des Mietzinses in Hundertteilen der Friedensmiete erfolgt, erscheint es zweckmäßig, auf die Bestimmung der Preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 unter Ziffer VIII hinzuweisen, die vorschreibt, daß bei der Festsetzung der Friedensmiete auch der Wert aller geduldeten Leistungen (z. B. Instandsetzungsarbeiten), die der Mieter vertraglich oder ortsüblich vor dem 1. Juli 1914 übernommen hatte, die jetzt aber dem Vermieter auferlegt sind, der Friedensmiete hinzuzurechnen ist, und daß umgekehrt solche Leistungen von der Friedensmiete in Abzug zu bringen sind, die vertraglich oder ortsüblich vor dem 1. Juli 1914 vom Vermieter übernommen waren, nunmehr aber vom Mieter getragen werden.

Mordprozess Friedmann.

Dr. Magnus Hirschfeld über Mord an Homosexuellen.

Im Laufe der weiteren Vernehmungen im Mordprozess Friedmann wurde die Sekretärin Friedmanns vernommen. Sie weiß, daß Hoffmann reichliche Unterstüßungen und Geschenke bezogen hat. Eines Tages habe Hoffmann telefonisch angerufen und Friedmann sagen lassen, er sei sehr böse auf ihn, weil er ihn krank gemacht habe. Als Friedmann dies mitgeteilt wurde, habe er darüber gelacht und gesagt, das sei die übliche Erpressung. Der Begehrhund Peter, den Friedmann besaß, sei zwei Tage vor dem Mord gestorben. Der Tierarzt habe den Verdacht, daß es sich um Vergiftung handle.

Der Fleischer Fischer wohnte und arbeitete mit Hoffmann zusammen. Hoffmann wurde wegen Diebstahlsverdachts entlassen und war auch gegen den Meister tödlich geworden. Der Zeuge schildert ihn als leicht erregbar und bezeichnet ihn als einen harten Schläger. Nachdem Friedmann mit dem Angeklagten gebrochen hatte, äußerte dieser, er werde mit Friedmann eine Soutour unternehmen und ihn dann fertig machen. Er wolle ihm die Uhr oder sonst etwas wegnehmen, von einem Mord sprach er aber nicht. Bevor Hoffmann ins Krankenhaus ging, äußerte er zu dem Zeugen, daß er durch ein Mädchen aus der Fledermaus angesteckt worden sei. — Schloffer Boll, ein Sporigenose und Freund Hoffmanns, traf mit Friedmann im Krankenhaus zusammen. Hoffmann habe er gegeben, daß er an Grippe und Blasenleiden erkrankt sei. Friedmann äußerte den Zeugen gegenüber Zweifel, ob das richtig sei. Der Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeld wünscht zu wissen, ob Hoffmann ein Dielenbesucher war. Der Zeuge glaubt, daß Hoffmann nur in Begleitung Friedmanns dergleichen Lokale besucht habe. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es bei der Vernehmung der Zeugin Belariga Karplinski, die die Braut eines Gastwirts in der Triststraße ist, bei dem auch die beiden Angeklagten und viele Mitglieder des Sportvereins "Kraftheil" verkehrten. Die Zeugin bekundete, daß Hoffmann sehr verschuldet war und häufig habe er im Restaurant erzählt, er werde am 15. eine Erbschaft aus Rußland beziehen. Am Tage des Mordes kam er um 12 Uhr kurz vor der

Die schlimmste Zeit, das sei vorweg gesagt, ist auch hier vorbei. Wenn die Kurve der allgemeinen Arbeitslosigkeit von 225 000 im September auf 193 000 im Dezember vorigen Jahres stieg — und das waren nur die in den öffentlichen Arbeitsnachweismitteln Personennachweise — so lag sich diese Zahl Ende Januar auf etwa 2 000 schon wieder gesenkt. Eine gleiche Linie der Entwicklung ist auch für das Fleischergewerbe zu verzeichnen. Während die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden noch im Jahre 1923 1116 betrug, denen 458 offene Stellen gegenüberstanden, stieg sie im Dezember 1923 auf 1880 Arbeitsuchende, denen nur 447 Arbeitsangebote gegenüberstanden. Dabei überwiegt, wie gewöhnlich, bei den freien Stellen die Zahl der Ausschusstellen, so daß der Arbeitsmarkt noch ungünstiger ausfällt. So blieb denn auch die Zahl der Arbeitsuchenden im Berliner Fleischergewerbe ziemlich unverändert bis Anfang des Jahres mit einer Zahl von 1878 Personen. Allerdings erhöhte sich auch die Zahl der freien Stellen auf 657. Seit Ende Januar aber ist, eine endliche Auswirkung der Marktstabilisierung, ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Die letzte amtliche Enquete vom 10. Februar gab nur noch 821 Arbeitsuchende an.

Bei der Arbeitsvermittlung.

Die Arbeitsvermittlung für das gesamte Groß-Berliner Fleischergewerbe befindet sich jetzt im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin für das Fleischergewerbe in der Hausburgstraße, unmittelbar am Schlachthof. Hier wird der gesamte Arbeitsmarkt für alle Abteilungen des Schlächtergewerbes mit einem Stabe von nur 3 Beamten (eine Folge des gegenwärtigen Abbaus) vermittelt. Vor dem Kriege erfolgte die Vermittlung durch den Innungs-Arbeitsnachweis in der Rulandstraße, der dann bei der Schaffung Groß-Berlins dem paritätischen städtischen Arbeitsnachweis angegliedert wurde. Jeden Morgen um 7 Uhr beginnt die Arbeit der Stellenvermittlung. Nach der Stempelkontrolle erfolgt das Ausrufen der freien Stellen, die fast immer unmittelbar durch die Arbeitgeber angemeldet werden. Die Abfertigung der Bewerber erfolgt nach der Zeitdauer ihrer Arbeitslosigkeit, jedoch unter voller Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. So daß z. B. Bewerber, die im selben Stadtviertel wohnen wie der Arbeitgeber, dorthin vermittelt werden. Spezialarbeiter jeder Art sind dauernd gesucht und finden ein leichtes Unterkommen. Hier macht sich eben, wie übrigens im ganzen Gewerbe, das Fehlen eines kostmächtig geschulten Nachwuchses während der Kriegszeit geltend.

Vollzeitsunde ins Lokal, oft, trank und bezahlte. Er sagte, er hätte von seiner Schwester Geld bekommen. Als R. A. Dr. Bindar der Zeugin vorhält, daß Schulz ihrem Bräutigam fortwährend gestohlene Silbergegenstände verkauft haben soll, gerät die Zeugin in große Erregung und bestreitet das entschieden. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wird dann die Zeugin Kibel, die frühere Braut Hoffmanns, vernommen. Sie war früher Schlächtermamsell und mit Hoffmann zusammen in Stellung. Später verkehrte sie auch in der Triststraße und wurde dort "Bubi" genannt. Sie bezeichnet sich jetzt als Längerin und will Hoffmann häufig unterstützt haben, da sie viel in Nachtlokalen verdient habe. Auf Antrag von R. A. Dr. Bindar wird sodann Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld als Gutachter gehört, der folgende interessante Ausführungen macht: Worde an Homosexuellen sind im allgemeinen häufiger, als angenommen wird, nur werden die Täter äußerst selten erlöst. Das rührt offenbar davon her, daß die den Morden vorangegangenen Handlungen, ihrem Charakter entsprechend, stets im Geheimen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommen werden, weil sie als strafbar unter allen Umständen verurteilt gehalten werden sollen. Von etwa zwölf Wörden an Homosexuellen, die sich im Laufe der Spezialität des Sachverständigen in Berlin ereignet haben, ist dies der erste Fall, der zu einer gerichtlichen Aburteilung geführt hat. Nur in einem zweiten Falle, dem des Butterhändlers Engel, wurde der Täter auch entdeckt. Allerdings nicht in Berlin, sondern in Wien, als er dortselbst ein anderes Opfer in genau derselben Weise durch Erdrückung mit einer Gardienstange zu töten versuchte. Die Motive dieser Handlungen sind in den meisten Fällen gewinnfüchtig. So wie der italienische Arzt Accardi seinerzeit in Triest den homosexuellen Kunsthandwerker Winkelmann tötete der ihm seine kostbaren Sammlungen gezeigt hatte, so benutzten gewalttätige Personen, die fast niemals homosexuell veranlagt sind, die Gelegenheit des bequemen Zusammenkommens, ihre für reich gehaltenen Opfer umzubringen, um sich in den Besitz der Schätze zu setzen. Sehr viel seltener sind andere Motive, die Furcht vor Anzeige als Erpresser, oder Rachsucht, falls ihren Forderungen nicht nachgegeben wird. Allerdings wird nicht selten fälschlicherweise wie auch in dem vorliegenden Falle, Rache als Grund angenommen, und zwar ist, wie auch hier angeblich Anstachelung einer der häufigsten Scheingründe. Es handelt sich um wohl überlegte und nicht um Affekt-handlungen. Der Sachverständige äußert sich dann noch ausführlich über die Beziehungen, die zwischen homosexuellen Kreisen und Athleten- und Bogensportvereinen bestehen. Dem Eingeweihten ist es nicht unbekannt, daß nicht selten homosexuelle Männer und Förderer der athletischen Vereine sind. Die Angaben, die der Angeklagte Hoffmann in dieser Hinsicht macht, entsprechen jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen.

Die Verhandlung wird dann auf heute vertagt. Es ist nur noch ein Sachverständiger zu vernehmen, sodann werden die Plädoyers beginnen.

Poppenbergs Museumdiebstähle.

Die Museumsdiebstähle des Bilderhändlers Heinrich Poppenberg, über dessen Enttarnung und Verhaftung wir vor einiger Zeit berichteten, beschäftigen noch immer die Kriminalpolizei. Es ist gelungen, Poppenberg einer Reihe von Diebstählen an verschiedenen Stellen zu überführen und die gestohlenen Bilder wieder herbeizuschaffen. Das veranlaßt denn auch den Verhafteten zu einem Geständnis. Andere Diebstähle dagegen, die wahrscheinlich auch auf seine Rechnung kommen, leugnet er jedoch. So bestreitet Poppenberg die Diebstähle, die am 19. Mai und am 4. Juni

Die Arbeitsuchenden

sind in jedem Alter von 15 bis 80 Jahren vertreten, die Mehrzahl aber steht im besten Alter von 25 bis 40 Jahren. Im vollen Gegensatz zur Vorkriegszeit stammen heute die meisten Arbeitsuchenden aus Berlin. Der Zuzug aus dem Reich, der früher, besonders aus den Ostprovinzen, das Hauptkontingent bildete, hat fast völlig aufgehört. Die teuren Fahrpreise und die schwierigen Berliner Verhältnisse machen das nur zu begreiflich. Die Unterbringung der jungen unehelichen Leute ist am leichtesten. Sie geben meist mit völler Kost und Logis zu den kleineren Badenschächlern. Die älteren verheirateten finden meistens in den Konfektionsfabriken ein Unterkommen. Aber das gilt nur bis zu einer bestimmten Altersgrenze, die ungefähr mit 40 Jahren endet. Die Unterbringung aller Arbeitsuchenden über 40 Jahre bleibt deshalb fast immer ein mühseliges und meistens erfolgloses Unterfangen. Besonders hart trifft das die früheren selbständigen Meister, die leider manchmal gerade bei ihren früheren Berufstagen nicht immer viel Verdienst und Glückseligkeit gefunden. Sie sind denn auch die eigentliche Stammschicht des Nachweises, ein paar Tage Ausschustarbeit, und sie sind wieder auf der Straße. Weibliches Personal wird nur in der Verkaufsergebnisabteilung vermittelt. Hier ist der Betrieb, der Natur des Gewerbes entsprechend, viel geringer. Während im Dezember 1923 immerhin noch 523 Arbeitsuchende eingetragen waren, betrug ihre Zahl Ende Januar noch — 18. Dieses Wunder hat die Stabilisierung vollbracht — denn jedes Geschäft stellt bei der Neuordnung der Betriebe genügende Kräfte ein, so daß hier der Bedarf fast restlos gedeckt wurde.

Es werden hier übrigens nur Personen mit ausreichenden Lehrzeugnissen vermittelt, genau wie bei den männlichen Arbeitsuchenden. Die anderen Berufstätigen im Fleischergewerbe, vor allem die Treiber, jerner Arbeiter aus der Häute- und Darmindustrie haben hier ebenfalls ihre Vermittlung. Die Treiber hatten sich während der Zwangswirtschaft in einer eigenen Genossenschaft der Vieherzeugungsgesellschaft angeschlossen, seit Einführung der freien Wirtschaft arbeiten sie wieder bei den Kommissionären. Das System der Bezahlung nach Stückzahl bringt auch hier die älteren Arbeiter sehr in Rückstand gegenüber den jungen Kollegen. Die Häute- und Darmindustrie arbeitet meistens mit einem Stamm altgedienter Arbeiter, so daß hier die Vermittlung nur wenig in Anspruch genommen wird.

Als Gesamtbild auch hier der Konkurrenzkampf der kleineren Badenschächler gegen die allmächtigen Grossisten und Fabriken, die naturgemäß seine Rückwirkung unter den Arbeitsuchenden des Gewerbes findet in längerer Arbeitszeit, schlechterer Bezahlung und zunehmender Abhängigkeit vom Willen des Arbeitgebers.

1923 in der Großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof an zwei Bildern Kurt Kuglies, der grünen Kröte "Mein Liebling" und dem "Pant" verübt wurden. Auch leugnet er noch, in einem Stadtbahnhof der Großen Berliner Kunstausstellung die aus dem Rahmen geschnittene "Kleine Schneegrube im Winter" und eine Skizze: zwei Männer in Rokokostyle, gestohlen zu haben. Auch von einem Museumsdiebstahl in München, einem anderen in Augsburg, bei dem besonders der Dieb goldene Ringe, Reduktionen, Ketten usw. erbeutete, und endlich von einem Museumsdiebstahl in Hildesheim will er nichts wissen. Hier wurde ein besonders markantes Stück gestohlen: ein Frauenbildnis, von einem unbekanntem Meister aus dem Jahre 1886, auf dem die rechte Gesichtshälfte, namentlich in der Augenengegend, zertrümmert ist. Wer über den Verbleib aller dieser Sachen, auf deren Wiederherstellung eine hohe Bezahlung ausgesetzt ist, etwas mitteilen kann, wird dringend ersucht, sich bei Kriminalkommissar Treplin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums mündlich oder schriftlich zu melden. Alle Mitteilungen werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Am Zuchthaus vorbei.

Der Polizeibeamte als Zeuge.

Zu dem mit diesen Überschriften gebrachten Gerichtsbericht in Nr. 27 vom 17. Januar werden uns von dem Zeugenwahrer Will Dräger, der darin als Angeklagter genannt war, einige Mitteilungen gemacht. Der Bericht meldete, daß Dräger von der Anklage des Telegraphendiebstahls, nachdem im ersten Termin der Staatsanwalt 2½ Jahre Zuchthaus beantragt hatte, im zweiten Termin auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen wurde. Im ersten Termin hatte ihn ein Eisenbahnüberwachungsbeamter belastet, im zweiten Termin wurde diesen Belastungszeugen entgegengehalten, daß er nach dem Diebstahl zu einer anderen Person gedeutet hatte, er habe den schnell davonlaufenden Täter nicht erkennen können. Daß dies alles schon in dem Bericht stand, stellen wir ausdrücklich fest: denn wir müssen vermuten, daß die Einzelheiten heute, sechs Wochen nach seiner Veröffentlichung, kaum einem unserer Leser noch vollständig in Erinnerung sein werden. Herr Dräger aber wünscht, noch festzustellen zu sehen, daß der Überwachungsbeamte Lutz aus Reinickendorf nicht ihn wieder zu erkennen glaubte, sondern "positiv bekundet", er erkenne Dräger wieder. Welchen Zweck er mit dieser "Feststellung" verfolgt, wird den meisten unserer Leser nicht klar sein, aber wir tun ihm keinen Willen. Er fügt hinzu, Lutz habe im ersten Termin auch bekundet, daß der von ihm angeführte Polizeibeamte auf das von Dräger bewohnte Grundstück geführt habe; in Wirklichkeit habe aber der Hund nicht auf den von Dräger bewohnten eingezäunten Grundstücksstück geführt. Der Bericht, der einer allen Zeitungen zugegangenen Korrespondenz entnommen war, enthielt nichts Derartiges, sondern sagte, der Hund

Bei Grippe

verwende man:

Dr. Ermers „Congripion“

(Chininum-sulfat-salicylicum)

hervorragend bewährt bei Grippe, Keuchhusten und allen katarrhischen Erkrankungen der Atmungsorgane. Gicht mit zwanzig Tabletten Inhalt GM 125, erhältlich in allen Apotheken.

Die Krankenkasse aller Angestellten

in Handel, Industrie und Gewerbe, in Banken, bei Behörden und in Wärens ist die

Barmer Ersparnisse

Hauptgeschäftsstelle in Barmer.

Mehr als 300 Verwaltungsstellen in Deutschland

Hervorragende Familienversicherung!

Wenn jeder Gesunde wüßte / Was jeder Kranke weiß /

Kein Mensch würde ohne eine Versicherung gegen Krankheit sein!

Der Kranke weiß: Die Kosten einer ernsthaften Erkrankung sind heute für den einzelnen untragbar. Sich zu Versicherungsverbänden, auch gegen Krankheit, zusammenzuschließen, ist wohlverstandenes Selbsthilfe auch der Gutgläubigen. In gesunden Tagen muß man sich versichern, um bei Erkrankungen versichert zu sein.

Die Krankenkasse des Mittelstandes

der Gewerbetreibenden, selbständigen Kaufleute und freien Berufe, der Beamten u. Lehrer ist die

Barmeria

Versicherungsbank für Mittelstand und Beamte

W. a. G. zu Barmer

Verwaltungsstellen in ganz Deutschland

Hervorragende Familienversicherung!

habe auf die Villa eines Generaldirektors geführt, die von mehreren Arbeiterhäusern umgeben ist. Herr Dräger betont, daß für den Staatsanwalt die bestimmten Behauptungen des Ueberwachungsbeamten der Anlaß waren, Zuchthausstrafe zu beantragen. Wir halten für ganz überflüssig, das nochmals zu betonen; aus dem Bericht ging es für jeden aufmerksam Lesenden klar genug hervor. Mit uns wird jeder unserer Leser sich freuen, daß der Angeklagte nicht ein Opfer des Irrtums jenes Ueberwachungsbeamten geworden, sondern freigesprochen worden und — wie die Ueberchrift des Berichtes sagte — am Zuchthaus vorbeigekommen ist. Wir schließen hiermit die Diskussion.

1025 Kinderleichen.

Tausend Kinderleichen? Wo? Etwas bei einem Erdbeben der letzten Zeit? Nein. Von den Polizeibehörden aufgelesen auf den Straßen Moskaus, dieser Hochburg des welt- und menschenbeglückenden Kommunismus 1025 erfrorrene Kinderleichen vom 10. Dezember 1923 bis 25. Januar 1924. Obdach- und Schutzlos übernachteten sie bei 30—40 Grad Frost unter den Marktsständen und in den Aborten, in Müllkästen und Asphaltpfannen. Von 7385 Kindern, die in halberfrorenem Zustande in derselben Zeit aufgefunden wurden, sind 4015 mit abgetretenen Extremitäten und die übrigen 3370 mit Erfrierungserscheinungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Allein in den Arreststationen der Polizeidivision haben 680 Kinder, die in den Kinderheimen keine Aufnahme fanden, Unterkunft erhalten. Soweit ein Bericht der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Dni“.

Das alles in Moskau. Und in Petersburg (heißt Leningrad genannt), in Kiew, Charkow, Odessa, Saratow, Tamara usw. — wieviel tausende von Kindern irren so obdachlos in dem unermesslichen Rußland umher. Man hört so viel über Paläste der Reichen, die zu Kinderheimen umgewandelt sind, von dem Kinderparadies, zu dem dieses Land angeblich geworden, und plötzlich — 1025 erfrorrene Kinder im Laufe eines Monats auf den Straßen Moskaus aufgelesen. Ist niemand da, der für sie sorgt? Sind die kommunistischen Gewalthaber noch immer so sehr mit der Entseßung der Weltrevolution beschäftigt, daß in ihrem eigenen Lande die Kinder gleich Fliegen dahinsinken? Die Fliegen erwachen aber unter Umständen nach ihrem Winterschlaf im Frühling zu neuem Leben, die Kinder aber — über ruft sie zum Leben zurück? Das Martrium dieser unglücklichen Opfer der Weltbeglückter begann, als im Jahre 1920 die Sowjetregierung der russischen öffentlichen Einrichtung der „Liga für Kinderrettung“ die Tätigkeit unterlegte. Es steigerte sich, als die amerikanische Hilfsorganisation, die sich um tausende von Kindern bemühte, ihre Tätigkeit einstellte, weil die Sowjetregierung ihren „Ueberfluß“ an Brot ins Ausland zu verkaufen begann. Das Martrium erreichte den Höhepunkt, als zehntausende von Kindern durch die Hungersnot ihre Eltern verloren und von Haus und Hof in die Kälte und auf die Landstraße vertrieben wurden. Während der warmen Sommermonate verschwand sie in den endlosen Flächen des „Mütterchens“ Rußland, in den kalten Wintermonaten tauchten sie unerklärlicherweise in den Städten auf, fanden den Weg zu den Kinderheimen, belagerten sie stundenlang, um schließlich wegen Ueberfüllung abgewiesen zu werden. — Dann legten sie sich hin und gaben, wie der Russe sagt, „Gott ihre Seele“.

Um wieviel anders haben es doch die deutschen Kinder im Bereiche zu diesen Oesterreich, Dänemark, Schweiz, Norwegen, Amerika — die ganze Welt eilt zu Hilfe. Selbst aus Rußland kommt das Angebot, Kinder aufzunehmen. Dafür wollte die Völk. sorgen. Es ist so gut, daß die Bauern aus der Krim, wie berichtet wurde, Dampf mit Korn an das hungernde Deutschland senden, daß man um ganze Waggonsladungen mit Getreide bedient. Doch Rußland, wechsal erfrören Deine Kinder auf den Straßen Deiner Städte, weshalb hungern, darben und betteln Deine Bürger? Und das ist Deine Republik, wo die Paläste der Reichen zu Kinderheimen umgewandelt sind, wo die Fabriken und Warenlager dem Soziale gehören. Dürfen wir denn von Deiner Hilfe Gebrauch machen? Würde unsere Kinder nicht das Stück Brot im Hause fressen bleiben, müßte uns nicht unser Gewissen Tag und Nacht plagen, wenn wir uns auf Kosten Deiner Kinder sattessen wollten? Armes russisches Kind!

Der Spitz auf dem Rollwagen.

Mit der etwas knifflischen Frage, ob ein Hund, der auf einem Rollwagen sitzt, einen Maulkorb in der Sperrzeit zu tragen hat, mußte sich das Potsdamer Schöffengericht beschäftigen. Ein Kaufmann in Rowawo hatte auf seinen Rollwagen, um die Liebsthülle zu vermeiden, einen Spitz gesetzt. Dieser Hund war an einer Kette festgelegt und hielt durch sein Gellöffel jeden Unbefugten von dem Wagen fern. Einen Maulkorb trug der Spitz auf seinem hohen Schwanz nicht. Ein Strafbedehl in beträchtlicher Höhe wurde dem Hundebesitzer wegen dieser Unterlassung angelehrt. In dem Einfuhrverfahren vor dem Potsdamer Schöffengericht machte der Verteidiger geltend, daß das Gesetz wohl eine Festlegung der Hunde in bewohnten Räumen und Führung der Hunde mit Leine und Maulkorb auf der Straße vorsehe, die Rollwagen seien aber dabei nicht erwähnt. Das Schöffengericht sprach fest, daß die Rollwagen tatsächlich

im Gesetz vergessen seien. Diese Rüge auszufüllen, füllte sich das Schöffengericht nicht besorgt und mußte den Angeklagten aus diesem Grunde freisprechen.

Die städtische Funksteuer.

Um Mißverständnissen und Irrtümern vorzubeugen, weist die Hauptsteuerverwaltung darauf hin, daß es sich lediglich um die Besteuerung der öffentlichen Vorführung von Funkkonzerten in Restaurants und Cafés handelt. Die öffentlichen Funkkonzerte unterliegen gerade so wie Instrumental- oder Grammophonkonzerte in Restaurants oder Cafés der städtischen Vergnügungssteuer. Diese Steuer ist also nicht neu, sondern hat ihre Grundzüge in der seit langem bestehenden Vergnügungssteuerordnung der Stadt Berlin. Da man bei der Abfassung dieser Steuerordnung öffentliche Funkkonzerte in Restaurants um, noch nicht kannte, ist über ihre Besteuerung keine besondere Regelung getroffen, wie beispielsweise für die Grammophon- oder Instrumentalkonzerte, sondern es müssen die allgemeinen Steuerföhrer der Kartensteuer nach § 18 und der Bauischsteuer nach § 25 der Vergnügungssteuerordnung Anwendung finden. Da die Ausgabe von Eintrittskarten in diesen Fällen eine keltene Ausnahme bilden wird, kommt vornehmlich die Bauischsteuer in Frage, die sich nach der Größe der Fläche richtet und für je 10 Quadratmeter 5 M. beträgt. Weil nun die Anwendung dieser Bauischsteuer in manchen Fällen, vor allem bei kleineren Restaurants und Cafés, zu überaus hohen Abgaben führen könnte und dadurch zugleich viele von der Beschaffung eines Funkapparates abkrefret, somit die junge Industrie in ihrer Entwicklung gehemmt werden könnte, haben sich die Berliner Steuerbeamten in ihrer letzten Sitzung auf Anregung der Hauptsteuerverwaltung mit dieser Frage beschäftigt und vorläufig die Ermäßigung dieser hohen Steuer auf die einfachen, höchstens doppelten Sätze der sehr niedrigen Bauischsteuer für Musikvortrüge von nicht mehr als zwei Mitwirkenden beschlossen. Diese Steuer beträgt somit für die kleinen Lokale bei einer Fläche von nicht mehr als 100 Quadratmeter 20 bis 40 Pf. pro Tag oder 6 M. höchstens 12 M. monatlich. Diese vorläufige Regelung wird der Finanz- und Steuerdeputation in ihrer nächsten Sitzung zur Zustimmung unterbreitet werden.

Jungen der hungernden Kinder des Berliner Ostens findet am kommenden Sonnabend, nach 4 Uhr, auf der Eisdahn im Friedrichshagen ein großes Gütchen unter Mithilfe des Berliner Schöffengerichtes statt. In den Dienst der guten Sache stellen sich: Herr Walter Erank Müller, Deutscher Meister im Schmelzen; Herr Walter Grund, zweifacher Deutscher Meister; Herr Rittberger, Deutscher Kunstschmelzer; Herr Frank, mehrfacher Berliner Kunstschmelzer; Frau Brodskii, Deutsche Meisterin und 2. Siegerin in der Weltmeisterschaft in Kristallaria 1924; Rrl. Albe und Herr Eiler, das beste deutsche Kunstschmelzerpaar. Eintrittspreis für Erwachsene 1 M., Kinder 50 Pf.

In der Treptow-Sternwarte finden folgende Veranstaltungen statt: Sonnabend, 1. März, 8 Uhr: „Ereignisse auf Neu-Guinea“ (Film). Sonntag, 2. März, 4 und 8 Uhr: „Ereignisse auf Neu-Guinea“ (Schiffbrüche unter Panzerturmen) (Film); 8 Uhr: „Ereignisse auf Neu-Guinea“ (Film). Dienstag, 4. März, 8 Uhr: „Wald und Kupfer“ (Portra mit Lichtbildern von Dr. Fr. Nreinhalt). Mittwoch, 5. März, 8 Uhr: „Ereignisse auf Neu-Guinea“ (Film). Sonnabend, 8. März, 8 Uhr: „Ereignisse auf Neu-Guinea“ (Film). Beobachtung mit dem großen Fernrohr: Mittwoch von 2 bis 6 Uhr Rheine oder Renu. Von 6—10 Uhr Doppelsterne oder Orionnebel. Abhängen durch das astronomische Museum täglich von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Schneefürungen in Spanien. In ganz Spanien herrscht eine ungewöhnlich kalte und starke Schneefälle. Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen sind vielfach unterbrochen.

Unfall des Gotthardsschnellzuges. Im Tunnel zwischen Monza und Siffone sind vier Wagen des Gotthardsschnellzuges, der um 1.50 Uhr Rolland verläßt, entseht. Einige Reisende erlitten leichte Verletzungen. Die Reisenden kamen mit dem Schreden davon.

Ein argentinischer Weltflug. Zwei argentinische Offiziere und ein Mechaniker sind zum Kaufe englischer Flugzeuge in London eingetroffen. Sie wollen von England aus als Luftangestellte und als Endziel einen Weltflug unternehmen und hoffen, ihn am 8. April d. J. antreten zu können, obwohl ihr Reiseplan bis jetzt noch nicht ganz fest steht. Vorläufig planen sie, von England aus ostwärts über Indien, China und Japan nach Amerika und von da über den Atlantik nach England zu fliegen.

Die schwarten Vögel treten noch einer Meldung aus Kattowich in Pommern-Oberschlesien so bedrohlich auf, daß beispielsweise in Nikolai einige Straßenteile vom Verkehr abgesperrt werden mußten und daß in Kattowich und Köniqshütte diese Kinder aus Besorgnis vor Ansteckung nicht mehr in die Schule geschickt werden. Für einen Industriebetrieb mußte durch den Kreisarzt in Kattowich die Zwangsimpfung aller Arbeiter und Angestellten angeordnet werden.

Spanien will den deutschen Kindern helfen. Der Kardinal-Erzbischof von Toledo, Primas von Spanien, hat befohlen, demnach in sämtlichen katholischen Kirchen Spaniens eine Sammlung für die armen deutschen Kinder zu veranstalten.

Zum 1. März

bietet sich die Möglichkeit, für den geringen Preis von 3 Mark ein volles Monatsabonnement auf den „Vorwärts“ zu bestellen. Aber auch für diejenigen, die glauben, bei wöchentlicher Zahlung bleiben zu müssen, ist der Bezugspreis sehr wesentlich herabgesetzt, und zwar von 85 auf 70 Pf. für die Woche.

Für diese geringfügigen Beträge bietet der „Vorwärts“ eine umfassende Uebersicht über alle politischen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Ereignisse. Durch ausgebauten Nachrichtendienst aus dem Ausland wie aus allen deutschen Landesteilen bringt er jeden seiner Leser in engste Beziehung zu allen Teilen der Welt. Sein belehrender und unterhaltender Teil erfreut sich der regsten Beachtung bei allen Lesern und Leserinnen!

Wer da will, daß das Blatt der schaffenden Arbeit weiter an Einfluß gewinne, der versäumt nicht, zum Monatsanfang neue Freunde zu werben für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, einzuwenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ in Groß-Berlin täglich zweimal dreimal ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seit. nrl. — Tr. links — rechts

bei _____

Briefkasten der Redaktion.

2. 2. 1. Rein. Sie müssen den Bescheid auf Übernahme der Verantwortung verweigern. 2. Das ist nur möglich, wenn die Mitarbeiter keine dem entgegenstehenden Bescheid enthalten, was aber der Fall sein dürfte. 3. Schöber-Jugendliche konnten Sie nur helfen, wenn Ihnen tatsächlich ein Schaden erwachsen ist, was jedoch nicht anzunehmen ist. — S. 26. Die Bescheidnahme entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Warum Sie das Weisere ob. Ihre Bescheidnahme ist zweifellos. — S. 27. 1. und 2. So. Voraussetzung ist jedoch, daß der Entfallener dazu in der Lage ist, — S. 28. 26. Ihre Frage läßt sich nur an der Hand des Betrages vom Jahre 1923 beantworten. Im übrigen scheint es sich nicht um ein Mittelteil zu handeln, sondern um eine Karte. Gegen den Quabern wird nichts unternommen werden können. — S. 29. 1. und 2. Unferes Erachtens lebte die erste Wiese noch inoffiziellen der Aufhebung ohne weiteres wieder auf. Denn die gefällige Wiese war ja nicht durch eine Vereinbarung der Parteien, sondern durch den Gesetzgeber außer Kraft gesetzt worden. 3. Die im Reichsanzeiger vorgesehene schriftliche Erklärung abzugeben, so behält es dabei sein. — S. 30. Der Beamte kann also nur die gefällige Wiese fordern. 4. Vom 1. Dezember 1923 ab.

Bei spröder Haut

rauen, roten, aufgesprungenen Händen verbüßt KOMBELLA-CREME durch die schnelle, wohltuende, heilende, verjüngende Wirkung.

Es gibt nichts Wirksameres als

KOMBELLA

KOMBELLA-CREME KOMBELLA-SEIFE

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden

und Sanitätstee **Brus!-Tee**

Dr. Wechsungen's Brus!-Tee

ist ein bewährtes Heilmittel

nach Original-Rezeptur des Johann Baptist Wechsungen und bestens bewährt.

In Original-Verpackungen erhältlich: Elefant-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74 (Erdbeeren).

80% der Bevölkerung sind auf kleinste Ersparnisse angewiesen. — Unser Grundsatz:

Größter Umsatz - kleinster Nutzen trägt dieser Notwendigkeit erschöpfend Rechnung

Für Herren:

Aparitionstiefel prima Rindbox und R. Chevroan, sehr schön halt für die Straße 9⁵⁰

Schwarzschuhe, schwarz Rindbox, bequemste Form, tolle Linsenversandstrang 10⁹⁰

Es. pr. u. braun Boxkoll, elegante rasige Form, sehr rasch genäht 12⁵⁰

Schwarzstiefel, prima Rindbox, echte durchgehende Zwischensohlen, moderne spitze Form, Original-Good-year-Welt 15⁹⁰

Sport-Stiefel, braun, echte durchgehende Doppelsohlen, wasserdichtes Futter, echt rasch genäht 18⁹⁰

Schwarz - Halbschuh in schwarz R. Chevr. elegante spitze Form, mod. halbhohler Absatz 7⁹⁰

Es. prima schwarz Boxkoll, neueste moderne Form, halbhohler Absatz 9⁵⁰

Schwarzstiefel, echt Boxkoll, elegante Raschehaft, modern halbhohler Form 9⁵⁰

Für Damen:

Es. schwarz, braun R. Chevr. an Blat. elegant, moderne spitze Form, elegant halbhohler Absatz 10⁹⁰

Es. braun Boxkoll, rasch nur echt rasch genäht, tolle Linsenversandstrang, mod. Formen und Absatz 12⁵⁰

Es. prima Rindbox, moderne Form und Absatz, auf echtem Rasch genäht 12⁵⁰

Für Kinder:

Gesundheit, echt Chevroan und R. Chevroan, natürliche, bequemste Form, gute Material, sehr preiswert 3⁹⁰

Größe 5⁹⁰ (Größe 27-28) 4⁵⁰ (Größe 28-29) 3⁹⁰

Gesundheit, prima R. Chevroan, beste Qualität, ganz besonders billiges Angebot! 6⁵⁰

Größe 21-25 7⁵⁰ (Größe 27-30)

Ersparen Sie ein Billionen Pfennig!

Reiser



Stresemann für eine Verständigung mit Frankreich.

Außenpolitische Rede im Reichstag.

Im Reichstag wurde gestern die erste Befugung des Kabinetts, verbunden mit den Entwürfen auf Aufhebung und Aenderung der Rotverordnungen der Regierung, fortgesetzt. Das Wort erhält sofort:

Außenminister Dr. Stresemann:

Nachdem sich Stresemann über die Befugung der Botschaftsstelle in Konstantinopel sowie der Generalkonsulate in Smyrna und Dublin geäußert hatte, fuhr er fort:

In der deutschen Außenpolitik stehen wir unter dem Eindruck der Arbeit der Sachverständigenausschüsse. Der Reichskanzler hat im Namen der Reichsregierung dem Ausschuss die Mitarbeit der deutschen Regierung zugesagt und der Vorsitzende des ersten Ausschusses, General Dawes, hat bei dem Abschluß der Kommission in Berlin bestätigt, daß diese Mitarbeit in loyaler Weise gewährt werden sei. Ueber die Verhandlungen mit der Kommission wird ein Bericht erscheinen, sobald der Bericht der Sachverständigen selbst vorliegt. Der Charakter des Ausschusses ist gekennzeichnet durch die Wirkung unabhängiger Persönlichkeiten, die sich frei ihr Urteil bilden können, und die Möglichkeit deshalb um so mehr zu einem praktischen Ergebnis kommen können, als sie unbeeinträchtigt sind durch die Rücksichten, unter denen die bisherigen Mitarbeiter an der Lösung der Reparationsfrage zu leiden hatten. So wenig erfreulich es ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer derartigen internationalen Prüfung unserer Lage führten, so sehr muß man den Mitgliedern der Kommission danken für ihre mühsame Arbeit. Von dem Erfolge dieser Arbeit wird es abhängen, ob eine

Lösung der Reparationsfrage

mögliche die baldigste Lösung ist die erwünschteste. Deutschlands wirtschaftliche Lage erfordert sie. Die Sachverständigen dürften sich davon überzeugt haben, wie irrig es ist, anzunehmen, daß Deutschland etwa auf einen betragsmäßigen Bankrott hingearbeitet hätte. In meiner ersten Rede als Reichskanzler und Außenminister habe ich davon gesprochen, daß die Ordnung der inneren Verhältnisse die beste Außenpolitik sei. Wir haben alle Kräfte angepannt, um diese Ordnung herbeizuführen. Die Staatsgehälter, die wir zahlen, stehen unter dem Niveau des notwendigen Lebensstandards, alle Ausgaben sind auf das engste beschränkt, alle möglichen Steuerquellen in Anspruch genommen. Schwer lösen auf uns die Belastungskosten, die wir bisher weitergezahlt haben, um der Bevölkerung der besetzten Gebiete Drangsale zu ersparen. Alle Parteien der besetzten Gebiete von rechts bis links waren sich darin einig, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, sie vor der Exekution der Besatzungsarmee durch diese Zahlung zu bewahren, die ja im wesentlichen an die Kommunen der besetzten Gebiete gezahlt wurden. Aber auch hier ist unsere Leistungsfähigkeit zeitlich eng begrenzt. Für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft an Reparationszahlungen nicht denken, müssen vielmehr alle Kräfte zusammennehmen, um überhaupt unsere Währung zu halten, da das deutsche Volk ein zweites Abgleiten nicht ertragen könnte.

Von dieser wirtschaftlichen Lage haben sich wohl auch die Sachverständigen überzeugt. Wir kennen nicht die Entschlüsse, zu denen sie gekommen sind, aber nach Presseberichten zeichnen sich einige Hauptfragen schon heute ab. Man scheint sich davon überzeugt zu haben, daß ein Moratorium für uns notwendig ist, ebenso aber, daß während dieser Zeit eine internationale Anleihe, insbesondere für Frankreich, einen Ersatz für die Ausfälle deutscher Zahlungen schaffen soll. Eine internationale Anleihe, für die man Garantien im deutschen Reichsbestitz sucht, wird anscheinend diskutiert im Zusammenhang mit zwei Fragen, die gleichzeitig als die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Anleiheerfolg gelten können:

Die Verfügung Deutschlands über die Wirtschafts- und Steuerkräfte des Reiches, sowie die Wiederherstellung der deutschen Verkehrseinheit.

Der „Temps“ hat kürzlich, als diese Dinge in der Presse bekannt wurden, gegen den Gedanken der Wiederherstellung der deutschen Reichseisenbahneinheit die Einwendung gemacht, daß eine solche Wiederherstellung der Entwicklung in Deutschland widerspreche. Die durch die neuen, mit Bayern getroffenen Abmachungen gekennzeichnete diese Einwendungen des „Temps“ sind völlig unzutreffend. Die im Gange befindlichen organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Reichseisenbahnen bezwecken im Gezenheit unter Anlehnung an die Grundzüge der modernen Wirtschaftsführung eine wirtschaftliche Höchstleistung im festen Rahmen des Gesamtunternehmens durch eine größere Selbstständigkeit der einzelnen Bezirke. Die Abtrennung der Rhein-Ruhr-Bahn von der Reichsbahn hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, zu wech katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eine Zerstückelung des deutschen Eisenbahnwesens führen muß. Die deutsche Regierung wünscht, daß auch die zurzeit abgetrennten Teile der Reichsbahn baldigst wieder mit ihr vereinigt werden. Wenn die französische Regierung bereit sein würde, für die Reglebahn die Regelung anzunehmen, die zwischen Bayern und dem Reich besteht, so würde Deutschland gern bereit sein, darüber zu verhandeln. Es ist aber wohl zu vermuten, daß sich die ausländische Presse in einer Täuschung über die Natur dieser Regelung mit Bayern befindet.

Die Wiederherstellung Deutschlands über die vollen wirtschaftlichen und Steuerkräfte des Reiches, die Wiederherstellung der Verkehrseinheit dürften von allen Kennern des Wirtschaftslebens als Voraussetzung für das Gelingen einer internationalen Anleihe angesehen werden. Wenn es Frankreich um eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage zu tun ist, so würden ihm hier Möglichkeiten geboten sein, die es kaum zurückweisen könnte. Die Frage einer etwaigen internationalen Anleihe wird aber gleichzeitig

Die Frage der internationalen Mitwirkung

auf. Dr. Helfferich hat Kritik an meiner Eilberichter Rede geübt. Mir erscheint die Frage der internationalen Anleihe aus den vorher gekennzeichneten wirtschaftlichen Gesichtspunkten als untrennbar verbunden mit der Möglichkeit der Befreiung von Ruhr und Rhein in Bezug auf die ihm angelegten vertragsrechtlichen Gesichtspunkte. Gegenüber dieser Befreiung ist mir, wie aus dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ über meine Eilberichter Rede hervorgeht, als weniger wichtig erschienen, daß das ausländische Kapital auch eine Vertretung im Ausschussrat derjenigen Institutionen verlangt, für die es sein Kapital herbeibringt. Eine solche Vertretung, sobald sie nicht majorisiert oder den deutschen Charakter der Verwaltung erteilt, kann nicht als Grund für die Ablehnung solcher Gedanken angesehen werden. Die Kreditnot der Industrie und Landwirtschaft ist so stark, daß wir mit harter Minderberung der Produktivität zu rechnen haben, wenn ihr nicht abgeholfen wird. Deshalb dürfen wir auch an ausländischem Kapital nicht vorbeigehen, wenn wir es erhalten können. Gewiß wird eine

finanzielle Mitwirkung des ausländischen Kapitals nicht ausgeschlossen sein, aber besser erscheint mir eine finanzielle Mitwirkung vom Businessstandpunkt, als vom politischen Gesichtspunkte aus. Politische Gesichtspunkte könnten dahin zielen, Deutschland auf die Dauer niederhalten zu wollen; wirtschaftliche Gesichtspunkte werden darin nie ein Hindernis für die europäische Wirtschaftsentwicklung sehen. Das fremde Kapital wird die Verzinsungsmöglichkeit dargebotenen Kapitals nur in wirtschaftlicher Ausweitung Deutschlands erblicken. In diesem Sinne kann eine wirtschaftliche Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen direkt zur gemeinsamen Abwehr gegen eine etwaige Differenzierung Deutschlands im internationalen Wirtschaftsverkehr werden.

Eine schnelle Verständigung über diese Frage ist notwendig. Der 15. April, an dem die Ricum-Verträge ablaufen, ist ein kritischer Termin. Eine Fortführung der Leistungen dieser Verträge ist von deutscher großindustrieller Seite aus unmöglich. Daß das Deutsche Reich eine weitere Finanzierung der Verträge nicht leisten kann, wird auch von der Gegenseite anerkannt. Was wird geschehen, wenn eine Verständigung nicht erfolgt? Die Nichtverständigung bringt neue Erwerblosigkeit, Hunger und Chaos im besetzten Gebiet, wirtschaftlichen Niedergang, vielleicht eine wirtschaftliche Katastrophe. Sie bringt für Frankreich das Aufhören der Einnahmen aus den Ricum-Verträgen, einen Einnahmeausfall, dessen Wirkung auf die Währung abzusehen ist.

Die Verhältnisse drängen zur Regelung der Reparationsfrage und zur Einigung.

Eine Einigung kann nicht erfolgen auf der Grundlage der Schaffung einer deutschen Reparationsproving. Grundlage muß sein eine internationale Regelung der Reparationsfrage. Weil die Notwendigkeit einer solchen Regelung weit stärker als früher in den einzelnen Ländern und bei Führung wirtschaftlicher Bilanz dieser Länder empfunden wird, deshalb sprach einer unserer bedeutendsten wirtschaftlichen Sachverständigen, der bisher jahrelang nur Mißerfolge aller Bemühungen erlebt hat, von dem Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont der auswärtigen Politik. Die deutsche nationale Kritik will darin nur einen Reibstreifen sehen und warnt vor unbedeutendem Optimismus und Illusionen. Gewiß sind bisher die Versuche Deutschlands, zu einer Verständigung zu gelangen, Eilgebensarbeit gewesen. Selbsten ich an der Spitze des auswärtigen Amtes sitze, hat es wirklich von unserer Seite nicht an Versuchen gefehlt, mit Frankreich zur Verständigung zu kommen. Diese Versuche gehen vor Aufgabe des passiven Widerstandes und nach seiner behebungslosen Aufgabe ein. Sie sind unendlich verzögert worden durch die gedankliche Konstruktion des französischen Ministerpräsidenten, daß der passive Widerstand angeblich noch nicht abgebrochen war, als Deutschland längst alle seine Verpflichtungen juristisch gezogen hatte. Der Präsident der französischen Republik hat kürzlich in der Pariser Handelskammer davon gesprochen, daß für Frankreich die Ruhrbesetzung nur Mittel zum Zweck gewesen sei und daß es die Stunde erlaube, in der die Räumung des Gebietes zugleich mit den Taten für die Bezahlung festgesetzt werde. Vielleicht wäre der Zeitpunkt der Aufgabe des passiven Widerstandes wohl der richtige gewesen, damit Frankreich und Deutschland gemeinsam den Versuch hätten machen sollen, den Ruhrkampf zu beenden und vor allen Dingen auch durch freie Initiative der französischen Regierung in Bezug auf die Besatzungen und Ausgewiesenen jene Ehrenpunkte des Ruhrkampfes aus der Welt zu schaffen, die für eine Verständigung der Völker weit mehr bedeuten als alle Verschiedenheiten in der Auffassung wirtschaftlicher Leistungen.

Als wir ein Memorandum an Frankreich richteten, das sich auf einen Modus vivendi der Rhein- und Ruhrfrage bezog, hat die französische Presse oszilliert, ob man sich nicht über fruchtbarere Thematika unterhalten könnte und dabei auf die Reparationsfrage anspielte. Wir sind zur Diskussion der Reparationsfrage bereit, wollen aber die gegenwärtigen Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse nicht hören. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß in weiten Kreisen Frankreichs die Stimmung sich gegen früher geändert hat. Man empfindet anscheinend doch mehr als früher, daß Frankreich in gewisser Beziehung, trotz aller politischen Differenzen,

In einer wirtschaftlichen Schutzgemeinschaft mit Deutschland

steht. Man hat von einigen Seiten eine alleinige deutsch-französische Verständigung vorgeschlagen. Wir können keinen Sonderfrieden mit Frankreich schließen, denn wir sind als Schuldner den vereinigten Gläubigerstaaten verpflichtet, wohl aber können wir es von deutscher Seite aus nur begrüßen, wenn seitens der Alliierten Mittel und Wege gesucht werden, um Frankreichs besonderen finanziellen Bedürfnissen bei der Regelung der Reparationsfrage gerecht zu werden.

Vielleicht scheitert der Versuch der Reparationslösung auch diesmal. Trotzdem ist es die Pflicht der Regierung und des Außenministers, alles zu unternehmen, um den Versuch zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Wer von vornherein nur wegen der Ausschließlichkeit dieser Bemühungen höhnt, der möge postulo sagen, was er an die Stelle dieser Bemühungen setzen will. Damit, daß wir von unserer Seite aus den Versailler Vertrag als zerrissen erklären, kommt man in der Realpolitik nicht weiter.

Wir sind bisher in allen diesen Fragen dieselbe nur Objekt der Entschlüsse anderer Mächte gewesen. Um so mehr bedürfen wir die Arbeit unparteilicher Sachverständiger. Sie wird nur die Grundlage für neue Entschlüsse sein der alliierten Mächte abgeben. Frankreichs Entscheidung wird maßgebend sein für die weitere Entwicklung der europäischen Verhältnisse. Die Frage, ob Frankreich Reparationen, oder nur politische Macht und wirtschaftliche Ausdeutung will, wird dabei entschieden werden. Wir hoffen, daß die Entscheidung der französischen Regierung und des französischen Volkes nach der ersten Seite fallen möge. Jeder vernünftige Mensch in Deutschland wird bereit sein, sich mit Frankreich zu verständigen. Dafür aber muß auch in der Erörterung der wirtschaftlichen und der politischen Fragen die Voraussetzung geschaffen werden. Es dient nicht der Verständigung, wenn der Ministerpräsident Volcovic in der französischen Kammer davon spricht, daß Deutschland seit vier Jahren an Reparationen nichts geleistet hätte.

Warum tritt man nicht den öffentlichen Dankenaustausch über die deutschen Leistungen an?

Wir haben unsere Leistungen aufgezählt. Sie haben 42 Milliarden Goldmark betragen. Mögen andere Schätzungen, wie die von Senes über dem Institute of Economics erinnert sein, aber auch diese Schätzungen erreichen eine Höhe von 25 Milliarden Goldmark. Es ist doch unmöglich, davon zu sprechen, daß Deutschland seit vier Jahren nichts geleistet habe. Frankreich weiß zur Genüge, wie stark die deutschen Sachleistungen seine eigene internationale ökonomische

Stellung beeinflusst haben, und Frankreich hätte nach den Bestimmungen des Vertrages noch weit mehr von Deutschland beziehen können, wenn es nicht die Rücksichten auf seine eigene Industrie höher gestellt hätte, als die Ausübung seiner vertragsmäßigen Ansprüche gegen Deutschland. Frankreich muß aber auch wissen, daß künftig deutsche Reparationsleistungen von der Erhöhung des Lebensniveaus in Deutschland. Dazu gehört für Deutschland eine ruhige politische Entwicklung, das Aufhören ewiger Bedrängnisse und eine Politik, die uns wirtschaftliche Erholung gewährleistet.

Worin liegt Frankreichs Gegnerschaft gegen eine Verständigung auf der Basis, die uns vorschwebt? Es scheint, als wenn in französischen Kreisen eine starke Nervosität gegenüber Deutschland herrscht. Man stellt die Frage der Sicherheiten in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran denke, Frankreich zu überfallen. Warum sind auf alle diese Anregungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktates und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt? Doch man mit den Separatisten keine Politik zur Zerstückelung Deutschlands machen kann, hat die Entwicklung der letzten Zeit genügend bewiesen. Man fürchtet in Frankreich die deutsche nationalistische Bewegung.

Der Hitler-Projekt

wacht die Erinnerung an die Vorstellungen, die Frankreich erhoben hat wegen der Gefahr, die in dieser Bewegung läge. Vor kurzem hat der „Temps“ erst davon geschrieben, daß England und Frankreich Deutschland zur Demokratie bringen müßten. Möge man sich im Auslande doch darüber klar sein, daß keine Staatsform oder politische Entwicklung mehr geschädigt werden kann als dadurch, daß sie als im Interesse des Auslandes liegend hingestellt wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat auch eine schismatische Bedeutung erfahren durch den Vertrag zwischen Frankreich und der tschechoslowakischen Republik. Wenn man eine nationalradikale Entwicklung in Deutschland fürchtet, so möge man sich in Frankreich doch daran erinnern, das bisher alle Politiker in Deutschland, die eine Verständigung mit Frankreich erstrebt haben, an der fran ösischen Politik gescheitert sind. Wäre der Politik der Verständigung mit Frankreich in Deutschland mehr Erfolg beschieden gewesen, so hätten wir auch keine radikal-nationale Bewegung in Deutschland gehabt. Der „Temps“ hat dem deutschen Außenminister zur Mäßigung angelegelt der Rede, die er wegen der Zurückweisung der Pfalznote gehalten habe. Es ist nicht richtig, davon zu sprechen, daß das deutsche Volk durch die Zurückweisung der Note zur Verzweiflung getrieben worden sei. Diesen Satz habe ich auch niemals ausgesprochen. Wohl aber muß ich darauf hinweisen, daß die Politik des Generals de Weh allerdings geeignet ist, das pfälzische Volk zur Verzweiflung zu bringen. Gegenüber der Kritik einer von mir gehaltenen Rede, in der ich bei einem geschichtlichen Rückblick auf die letzten 50 Jahre auch davon sprach, daß wir stets mit Stolz an unsere alte Armee und unsere Flotte denken werden, und in der ich mich dagegen wandte, daß man das deutsche Volk als unfähig hinstellen wolle, koloniale Arbeit zu leisten, muß ich betonen, daß uns die Erinnerung an die große Zeit unseres deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes durch keinen Friedensvertrag genommen werden kann. Es ist fälschlich, derartige Äußerungen als Vorbereitung zur Revanchehinzuhalten. Eine völlig falsche psychologische Einstellung des Auslandes wäre es, wenn es glaubte, moralische Eroberungen in Deutschland dadurch zu machen, daß es das alte Deutschland in den Staub zieht. Eine ruhige konstitutionelle Entwicklung in Deutschland ist am besten gewährleistet durch eine Außenpolitik, die Deutschland lebendig und nicht alle seine Anstrengungen zur Ergebnislosigkeit verdammt. An der Sachverständigenkonferenz sind

auch die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt.

Wir begrüßen mit Genugtuung das Interesse des großen Landes für die Regelung europäischer Fragen. Wir begrüßen ebenso mit Genugtuung die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages. Er ist aufgebaut auf dem Grundsatze der Weisbegünstigung und verleiht damit ein Ziel, das auch für uns und, wie ich glaube, für die großen Völker der Erde überhaupt das Ziel der künftigen Gestaltung der Handelspolitik sein muß und sein wird. Im auswärtigen Ausschuss des Senats der Vereinigten Staaten sind Widerstände, insbesondere gegen die Weisbegünstigungslaufe, laut geworden. Man hat sich vor allen Dingen dagegen gewandt, daß die Vorrangbehandlung der Waren, die auf amerikanischen Schiffen eingeführt werden, künstlich fortfällt. Wir hoffen, daß trotz dieser Widerstände der Vertrag Gehehskraft erhalten wird. Wir haben auch deutschseits nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten. Aber bei näherem Studium wird man doch zu der Ueberzeugung kommen, daß es sich um einen Vertrag handelt, der die zukünftigen Beziehungen der beiden Länder auf eine gesunde und feste Grundlage stellen wird. Inzwischen haben wir

auch mit England ein Abkommen

über die Herabsetzung der Reparationsabgabe von 26 Proz. auf 5 Proz. beschlossen. Das Abkommen ist bereits am 26. Februar in Kraft getreten. Es schafft klare Verhältnisse für den deutschen Kaufmann, der nunmehr weiß, mit welchen Belastungen er zu rechnen hat. Die fünfprozentige Abgabe ist von der deutschen Industrie zu tragen. Die Regierung ist verpflichtet, die Beträge zurückzuerstatten, wenn die Finanzverhältnisse es gestatten. Die Regierung wird sich auch bemühen, eine Form zu finden, die den Interessen der deutschen Industrie gerecht wird. Sie wird aber auch Vorbehalte dafür treffen, daß die Beträge der Abgabe nicht den britischen Importeuren belastet werden. Alle Güter aus alten und neuen Kontrakten aus der Zeit vom 17. November 1923 bis 26. Februar 1924 werden von der deutschen Regierung in Schapanweisungen, wie bisher, eingelöst werden. Die englische Regierung hat gewisse weitere Erleichterungen für den Verkehr mit kleineren Warenleistungen zugesagt, für die sie Einzahlungsfreiheit hofft einzuräumen zu können. Die Verhandlungen waren schwierig, haben sich aber in freundschaftlicher Form abgewickelt. Sie haben zu einem Ergebnis geführt, das für den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern außerordentlich fördernd und für beide Regierungen annehmbar ist und der deutschen Finanznotlage Rechnung trägt. Die Verhandlungen wurden von uns geführt in dem Gefühl der Notwendigkeit der Verständigung und gegenseitigen Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Interessen. Ein solches Gefühl herbeizuführen, war stets das Ziel der deutschen auswärtigen Politik, und es ist in diesem Augenblick, wo wir vor der großen Frage der Lösung des Rhein-, Ruhr- und Reparationsproblems stehen, wichtiger denn je.



Leciferrin

Nervenstärkend - blutbildend

Nervöse Zustände

finden sich jetzt allgemein, da die Ernährung viel zu wünschenswert übrig läßt. Es ist Klage und Pflicht eines jeden, dem Körper neues frisches Blut zuzuführen, wodurch die Nerven erfrischt werden und die nervösen Zustände dann verschwinden, hierfür wird Leciferrin ärztlich gerne verordnet. Preis M. 3.-

Galenus Chemische Industrie G.m.b.H., Frankfurt a.M.

Wir sind zurzeit

auch in deutsch-polnischen Verhandlungen begriffen,

ohne daß bisher leider bei diesen Verhandlungen eine wesentliche Besserung der gegenseitigen Stimmung zu verzeichnen ist. In weiten Kreisen Polens herrscht noch immer eine feindliche Stimmung gegenüber Deutschland. Erst in letzter Zeit sind im polnischen Parlament Dringlichkeitsanträge eingebracht worden zwecks Ausweisung größerer deutscher Bevölkerungsteile und zwecks Abbruchs des Meinungs-austausches, der zurzeit zwischen den beiden Regierungen zur Beilegung der Ausweisungsfälle aus letzter Zeit stattfindet. Am 12. Februar haben in Genf Verhandlungen begonnen zwecks Regelung des Staatsangehörigkeitsproblems. Für weite Kreise der deutschsprechenden Bevölkerung in Polen ist es bedauerlich, daß bisher über diese Frage noch keine Einigung erzielt worden ist. Viele Bewohner Polens wissen nicht, ob sie deutsche oder polnische Staatsangehörigkeit besitzen, ob ihr Vermögen der Liquidation unterliegen wird oder nicht. Die polnische Verwaltungspraxis entspricht in dieser, übrigens auch in der Ansiedlerfrage, wie der Internationale Gerichtshof im Haag im Herbst vorigen Jahres festgestellt hat, nicht den internationalen Verpflichtungen Polens. Nachdem der Völkerbundrat auf Grund zahlreicher Eingaben deutscher Minderheiten in Polen sich mit der Angelegenheit befaßt und auf seiner letzten Session in Paris im Dezember v. J. beschlossen hat, diese Frage auf dem Wege deutsch-polnischer Verhandlungen unter Ausplizieren des Völkerbundes zu regeln, hat sich die deutsche Regierung gern bereit erklärt, diesen Weg zu beschreiten, um zur Lösung zu kommen. Gleichzeitig regte der Völkerbundrat spezielle Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen allein an über alle Fragen, die zwischen Deutschland und Polen nach dem Warschauer Programm vom Juli 1922 noch offen sind, insbesondere Fragen über Ausübung des Optionsrechtes. Die Verhandlungen haben nunmehr am 27. Februar in Warschau begonnen. Näheres über ihren Ausgang läßt sich noch nicht sagen.

Im Zusammenhang mit Äußerungen des englischen Ministerpräsidenten ist

Die Frage des Völkerbundes

lebhaft erörtert worden. Der Herr Abg. Hermann Müller hat die Regierung über ihre Stellungnahme zu diesem Problem befragt. Ich möchte darauf folgendes erwidern: Die Reichsregierung sieht auf dem Boden der dem Völkerbund zugrundeliegenden Idee der internationalen Solidarität. Diese Idee ist in dem gegenwärtigen Status des Völkerbundes nur unvollkommen verwirklicht. Das bisherige Verhalten des Völkerbundes hat Deutschlands Interessen vielfach stark geschädigt. Trotzdem lehnt die deutsche Regierung den Eintritt in den Völkerbund nicht grundsätzlich ab. Die Frage erfordert im Augenblick auch keine endgültige Entscheidung. Der Reichsregierung ist nicht bekannt geworden, daß diejenigen Mächte, die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bisher ablehnend gegenüberstanden, ihre prinzipielle Haltung geändert hätten. Andererseits ist auch von keiner verantwortlichen Stelle irgendeine Aufforderung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ergangen. Sollte die Frage akut werden, so wird die Reichsregierung zu prüfen haben, ob die Behandlung Deutschlands als vollberechtigtes Mitglied, insbesondere seine Aufnahme in den Völkerbundrat, gewährleistet ist, und ob der Eintritt selbst nicht etwa mit besonderen oder demütigenden Bedingungen verbunden sein würde. Außerdem wird die Reichsregierung zu berücksichtigen haben, daß der Völkerbund eine wirkliche Wirksamkeit nur entfalten kann, wenn das Ziel der Universalität, das auch der englische Herr Premierminister in den Vordergrund gestellt hat, wenigstens für Europa erreicht wird. Deutschland muß darauf um so mehr Gewicht legen, als ohne diese Universalität Deutschlands als Mitglied leicht in die Lage verkehrt werden könnte, eine Politik unterstützen zu müssen, die die deutschen Interessen beeinträchtigen könnten.

Der Außenminister schloß mit einem warmen Dank für die außerordentliche Hilfsbereitschaft des Auslandes gegenüber der deutschen Not.

Abg. Koch (Dem.) betont die Notwendigkeit, alle Kräfte des Volkes zusammenzufassen, um der Gefahr einer neuen Inflation zu begegnen. Die Kriegsschuld müsse gegahlt werden. Den Reparationen nach außen müßten Reparationen nach innen folgen. Ein Teil unserer Arbeitgeber will heute den Terrorismus, den 1919/20 die Kommunisten geübt haben, wettmachen, indem sie ihrerseits einen Herren-im-Haule-Standpunkt bevorzugen, der der liberalen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens nicht entspricht. Den abgebauten Beamten muß ein Beschwerderecht gegeben werden. Die Fälle sind nicht selten, in denen wir uns davon überzeugen konnten,

daß politische Motive beim Abbau mitspielen.

Die Beschäftigtenverordnung darf nicht abgebaut werden, bevor wir eine fortschrittliche Seidenspolitik haben. Eine ausreichende Vermögenssteuer würde dem Reiche mehr Geld einbringen als eine Mietsteuer. (Beifall.) Das Scheitern des Herrn v. Kaahr hat wiederum bewiesen, daß mit der Diktatur auch nichts erreicht wird. Von einer Sehnsucht nach der Monarchie ist in unserem Volke auch nichts zu spüren. Wir sind dem Reichspräsidenten dankbar für die entschlossene und tatvolle Art, in der er das deutsche Volk in schweren Jahren geführt hat. (Beifall.) Das von den Deutschnationalen als Rakfa und Jungbrunnen gepriesene Bayern zeigt sich heute in keiner fürchtbaren Unordnung und Desorganisation. (Sehr wahr!) Die bayerische Verfassungsdemokratie verlangt Referendarechte, die unter keinen Umständen wiederkehren dürfen. Es ist unerträglich, daß der im übrigen Deutschland steckbrieflich verfolgte Ehrhardt in Bayern ungehindert auftreten kann. (Sehr wahr!)

Ein Zwischenfall.

Als der Redner schließt, kommt es zu einem Zwischenfall. Von der großen Zuhörtribüne wird ein älterer Herr viele Flugblätter in den Sitzungssaal. Er ruft dabei: „Justizverbrecher in Berlin — Juristen als Vampire des deutschen Volkes!“ Der Mann wird durch die Diener von der Tribüne geführt.

Abg. Dr. Leicht (Bagr. Ap.) wünscht eine Zusammenstellung der verschiedenen unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen.

Nach Ausführungen des Abg. Froelich (Komm.) beschwert sich Abg. Wipers (D.-Hann.) über die Amtsführung des Oberpräsidenten

von Hannover, Roske. Er sagte: Wie einst die Römer den Darius, so haben uns die Preußen den Roske ins Land geschickt. Der unterbindet die Meinungsfreiheit und läßt durch seine Landräte auch einen Druck auf die Presse zuungunsten der deutschhannoverschen Bewegung üben.

Ministerialdirektor Dr. Meißner protestiert als Vertreter der preußischen Regierung gegen die Angriffe des Redners. Eine Zerreißung Preußens durch die Abtrennung Hannovers würde auch das Reich schädigen. (Beifall.)

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 2 Uhr, vertagt.

Zum Zwischenfall im Reichstag wird noch gemeldet: Bei der Feststellung der Personalien der Ruhestörer erob sich, daß es sich um einen Tapezierer namens Reinhold Kahlhardt handelt. Er behauptet allerdings Besitzer eines Verleges zu sein. Kahlhardt macht in den Flugblättern Reklame für eine von ihm verfaßte Broschüre, die den Titel führt: „Berliner Juristen als Justizverbrecher“. Kahlhardt schildert darin einen Prozeß, in dem ihm Unrecht geschehen sei. Anscheinend ist er nicht in vollem Besitz seiner geistigen Kräfte.

Abbau der Wucherbekämpfung?

Von A. Grzelinski.

Dem Reichstag liegt ein deutschnationaler Antrag Budjuhn und Gen. vor, der verlangt, daß die Wuchergerichtsverordnung und das Preisprüfungsstellenwesen aufgehoben werden; vor dem 15. Januar 1924 anhängig gemachte, bei der Staatsanwaltschaft liegende Wucherkfälle auf Grund des § 23 der Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924 nicht weiterverfolgt und wegen „geringfügiger“ Vergehen gegen die Preisstreibeiverordnung verurteilte Personen amnestiert werden. Erzeuger und Händler mittlern Morgenluft. Ihre Vorstöße gegen die ihnen unbequemen Wuchergesetze verstärken sich. Sie glauben, die jetzige Zeit des allgemeinen Personal- und Behördenabbaues sei ihnen besonders günstig. Nachdem die im Antrag Budjuhn angezogene Verfügung vom 4. Januar 1924 den Staatsanwälten und Gerichten tatsächlich die Möglichkeit gegeben hat, auch Wucherer außer Verfolgung zu setzen, gehen sie aufs Ganze und fordern Beseitigung der Wuchergesetzgebung überhaupt. Wenn trotzdem Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten für Fortführung der Wucherbekämpfung Reden halten und den weiteren Preisabbau fordern, so zeigt das höchstens, wie innerlich unwahr ihre Ausführungen sind. Aus einem Artikel, den der Bearbeiter für Wuchersachen im Reichswirtschaftsministerium vor kurzem hat erscheinen lassen, geht hervor, daß bedauerlicherweise auch das Reichswirtschaftsministerium zu Konzessionen bereit ist, statt festzuhalten und sein Augenmerk mehr darauf zu setzen, wie dem Wucher der Kartelle und Syndikate energischer zu Leibe gegangen werden kann.

Die Forderung nach Abbau der Wuchergesetzgebung wird mit der Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse begründet, die bis zu einem gewissen Grade durch die Einführung der Rentenmark in den Verkehr und die Festigung der Mark zurzeit erreicht ist. Das Schlagwort ist, wie beim Kampfe um die Aufhebung der Zwangswirtschaft auch hier „die Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte“.

Die nach langen Verhandlungen zustande gekommene Kodifikation der Wucherbestimmungen vom 13. Juli 1923 stellt gegenüber den früheren, unüberfichtlich gewordenen, lächerlichen Bestimmungen von jedem Standpunkte aus einen erheblichen Fortschritt dar. Inwiefern diese sich von Auswüchsen fernhält, Fesseln anlegen sollen, welche sich von Auswüchsen fernhält, Fesseln anlegen sollen, welche sie in der Entfaltung ihrer Produktion hindern könnten, wird leider nicht gesagt.

Selbstverständlich wird man Gesetze nicht aufrecht erhalten wollen, wenn ihre Voraussetzungen weggefallen sind, oder das erstrebte Ziel auf anderem Wege besser erreicht werden kann. So kann man der Aufhebung der Wuchergesetze durchaus zustimmen, nachdem durch die schon mehrfach angezogene Verordnung über Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924 das Schnellverfahren der Wuchergerichte und die sachkundige Bearbeitung der Straffälle auf anderem Wege erreicht wird. Nachdem durch eine frühere Verordnung die Laienbeisitzer auch bei den Wuchergerichten weggefallen sind, haben dieselben für die Verbraucher ohnehin keine große Bedeutung mehr, ganz abgesehen davon, daß sie vielfach auch sonst nicht die Erwartungen erfüllen haben, welche bei ihrer Errichtung in sie gesetzt worden sind. Auch gegen die vom Verband der Zeitungsverleger verlangte Aufhebung der Verordnung über Zeitungsverleger sind Bedenken nicht zu erheben, weil die Verordnung seit langem bedeutungslos ist.

In bezug auf alle anderen Verordnungen der Sammelverordnung vom 13. Juli 1923 aber muß es heißen: Hände weg! Die Verbraucher, in deren Interesse in erster Linie die Wuchergesetzgebung geschaffen und die Wucherbekämpfung geübt worden ist, sollten sich aufraffen, um durch ihre Organisationen den Ansturm der Erzeuger- und Händlerinteressen abzuwehren. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen sich klar darüber sein, daß das Abbröckeln der Wuchergesetzgebung oder gar ihre völlige Beseitigung für Handel und Erzeuger keinen anderen Zweck hat und haben kann, als wie in der Preisgestaltung gänzlich ungehemmt zu sein.

Wir haben in Deutschland seit drei Monaten endlich eine

stabile Währung und haben die Hoffnung, daß es gelingen möge, sie stabil zu erhalten. Ob es gelingt, ist noch keineswegs ganz sicher und hängt auch nicht allein von uns ab. Die Warenpreise und Preise für Leistungen, die noch im November v. J. oft das Vielfache der Vorkriegspreise betragen haben und seitdem erheblich abgebaut worden sind, haben inzwischen wieder angezogen, ohne daß dafür ein ausreichender Grund zu erkennen gewesen wäre. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind also noch keineswegs normale, sondern höchst unsicher.

Die durch die Berliner und Hamburger Butternotierungskommission herbeigeführten erheblichen Preissteigerungen sind ein typischer Vorgang. Aber auch auf dem Vieh- und Fleischmarkt sind die Zustände weder geordnet noch übersichtlich. Jeder Viehmarkt zeigt das Bestreben der Händler, die Preise herauszuheben, trotzdem ohne Zweifel die Landwirtschaft noch immer genötigt ist, Vieh in großem Umfange billig abzugeben. Die Einführung von Gefrierfleisch in großen Mengen hat nicht verhindert, daß die Fleischpreise steigende Tendenzen zeigen. Die Verarbeitung von Fleisch und Wurst hat wegen der höheren Gewinnmöglichkeiten wieder einen größeren Umfang angenommen. Die Konservenindustrie läßt es sich angelegen sein, Preise zu bieten, die nach Verarbeitung normale Preise für Konserven nicht erwarten lassen. Die Preise der Industrieerzeugnisse sind ja alle überhöht. Das gilt für Häute und Leder und daraus gefertigte Schuhwaren, für Textilrohstoffe und Textilwaren. Namentlich auf letzterem Gebiete werden in der Presse Nachrichten verbreitet, die nichts anderes bezwecken, als eine neue Preiserhöhung, die vom Standpunkt des Gewerbes aus als günstige Konjunktur bezeichnet wird, einzuleiten. Zu Zeiten, als im Auslande die Preise für Baumwolle und Wolle und auch die Notierungen für Baumwollgewebe und Garne an den inneren deutschen Märkten herabgingen, wurden Preissteigerungen in der Fachpresse vorausgesagt. Ähnliche Erscheinungen werden auf sämtlichen Gebieten der Industrie beobachtet. Ueber die üblen Vorgänge auf den Häuteauktionen ist in der Zeitung berichtet worden. Die Folge aus allem ist, daß Großhandelsänder und Lebenshaltungsänder seit einiger Zeit wieder steigen, was eine tatsächliche weitere Verschlechterung der an sich schon fast unerträglichsten Lage der breiten Schichten unseres Volkes anzeigt. Kartelle, Syndikate und Preisvereinigungen sorgen für Hochhaltung der Preise und für weitere Erhöhung. Die Gesetze aufzuheben, die ein Eingreifen der Behörden erst möglich machen, wäre Frevel am Volke.

Als eine wesentliche Ursache der ungerechtfertigten Preissteigerungen ist immer die übergroße Zahl der Händler bezeichnet worden, die sich bei dem Warenbezug infolge des allgemeinen Warenmangels gegenseitig überboten. Um dieser ungelunden Käuferkonkurrenz entgegenzuwirken, wurde schon im Kriege die Konzessionierung des Großhandels eingeführt; die Konzessionierung auch des Einzelhandels wurde in der Verordnung vom 13. Juli 1923 Ausführungsbestimmungen überlassen. Diese Vorschriften sollen nun mit der Begründung aufgehoben werden, daß jetzt die Jagd nach der Ware durch das Suchen nach dem Absatz abgeßigt worden ist und eine Auslese der Händlerchaft von selbst stattfindet.

Wenn das zutreffen würde, wäre ein solcher Zustand vom Standpunkt der Verbraucher nur zu begrüßen. Eine Auslese der Händlerchaft wäre auch mehr wie einem Grunde erwünscht. Die Behörden haben leider von der Möglichkeit, dieses Ziel durch Anwendung der Verordnung über Handelsbeschränkungen zu erreichen, nicht hinreichend Gebrauch gemacht. Sie haben es unterlassen, erteilte Handelserlaubnisse in dem erforderlichen Umfange aus volkswirtschaftlichen Gründen wieder zu entziehen und sich meist darauf beschränkt, Anträge auf Erteilung neuer Handelserlaubnisse abzulehnen. In welchem Umfange solche Anträge nach dauernd gestellt werden, zeigt die Tatsache, daß von den preußischen Polizeiverwaltungen im Oktober v. J. 1310, im November 1474, im Dezember 1348 und im Januar 1924 immer noch 1306 Anträge auf Erteilung der Großhandelserlaubnis abgelehnt worden sind. Aus diesen Zahlen geht aber hervor, daß statt eines Ausschleuderns in sehr starkem Maße ein Drängen zum Handel erfolgt und — das sei nur nebenbei bemerkt — der Handel noch eine gute Verdienstmöglichkeit bietet. Auf dem Gebiete des Aufkäuferwesens liegen die Dinge ähnlich. In der Provinz Westfalen sind 650 Buttaufkäufer zugelassen, annähernd 5000 hatten die Erlaubnis nachgesucht. Man stelle sich vor, daß alle diese abgewiesenen Personen den Handel ausüben würden; eine erhebliche Preissteigerung müßte die notwendige Folge sein. Außer den schon vorhandenen wollen doch auch diese Händler Waren haben und alle wollen von dem naturgemäß erheblich verminderten Umsatz mindestens ihren Lebensunterhalt bestreiten. Eine Aufhebung der Verordnung über Handelsbeschränkungen, auch nur der Konzessionspflicht des Großhandels ist erst dann möglich, wenn durch Hebung der Warenproduktion auf annähernd Friedenshöhe die Warennachfrage befriedigt werden kann und die Kaufkraft des Publikums wesentlich höher ist als heute.

Aus denselben Gründen kann auch eine Aufhebung der Preisprüfungsstellenverordnung, wie sie der deutschnationaler Antrag Budjuhn verlangt, ernstlich noch nicht in Betracht gezogen werden. Die Preisprüfungsstellen,

Avramikos-Virginia-Zigaretten



sind seit Jahren anerkannt als **Qualität**

Man achte auf Packung und Namenszug!

